

## **Wessen Frieden? Wessen Zukunft?**

### **Die Verhandlungen PLO - Israel: Ein Tauziehen zwischen ungleichen Partnern**

Bericht über eine Informationsreise vom 15.3. - 5.4.1994 nach Israel/Palästina von

**Alisa Fuss**

(Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte Berlin)

## INHALT

### I. Einführung

### II. Die Intifada und das Osloer Abkommen

1. Die Erfolge der Intifada
2. Der Wendepunkt
3. Vom Golfkrieg nach Madrid
4. Von Madrid nach Oslo

### III. Fakten und Eindrücke aus Israel/Palästina im März-April 1994

Das jüdische Hebron-Solidaritätskomitee

Wirtschaft

Das Massaker in der Ibrahim-Moschee von Hebron und wie es dazu kam

Nach dem Massaker von Hebron

Frieden mit Syrien?

Gush Shalom

Kav La'oved (Worker's Hotline)

Die Menschenrechtsorganisation B'Tselem klagt an

PHR - PHYSICIANS FOR HUMAN RIGHTS

Kritik an Arafat aus Hebron

Mordechai Vanunu – von allen vergessen?

Protesttagebuch 1

Rück-Siedler-Hotline

Protesttagebuch 2

Protesttagebuch 3

Aussichten

Andere Einschätzungen

The Jerusalem Link – Frauen-Friedensnetzwerk

Zum Verbot der rechtsextremistischen Organisationen Kach und Kahane lebt

Provozierendes Verhalten der Siedler in Hebron

Gespräch mit Azmy Bishara

Die Zukunft?

Untersuchungskommission zum Massaker in Hebron

Zeugenaussagen vor der Untersuchungskommission

Der Tag des Bodens – Fahrt in das Beduinenlager Rahat

Bericht von B'Tselem

Einige Anmerkungen zum Schluß

## I. Einführung

Es war Rabin, der in den vergangenen 15 Jahren die Grundprinzipien der Arbeitspartei in der Palästinafrage formuliert hat, bekannt geworden als die vier Neins:

Nein zu Verhandlungen mit der PLO

Nein zu einem palästinensischen Staat

Nein zum Rückzug Israels in die Grenzen von 1967

Nein zur palästinensischen Souveränität über Ost-Jerusalem.

Nun war gerade er es, der mit diesen vier Grundsätze brechen und ein Abkommen mit den Palästinensern schließen sollte.

Die entscheidenden Forderungen der Palästinenser allerdings sind von diesem Abkommen ausgeschlossen bzw. auf Verhandlungen in den nächsten fünf Jahren verschoben worden. Nicht zur Verhandlung standen auch traditionelle Forderungen der Arbeitspartei, beispielsweise nach Annexion von Teilen der besetzten Gebiete (wofür den Palästinensern nur einige wenige dicht besiedelte Enklaven überlassen werden sollen). Dennoch wurde das Abkommen von der großen Mehrheit der Palästinenser mit Freude aufgenommen. Wie schon im Jahre 1991, während der Madrider Konferenz, konnte man Palästinenser sehen, die israelischen Soldaten einen Ölzweig überreichten. Auf israelischer Seite fand die Anerkennung der PLO in der Bevölkerung mehr Akzeptanz als bei den politischen Repräsentanten in der Knesset: An der größten Friedensdemo in Israel seit 1982 beteiligten sich ca. 100.000 Menschen.

Um so größer war die Enttäuschung, die auf beiden Seiten bald nach Vertragsschluß einsetzte. Wie zu erwarten war, begannen Gegner des Abkommens sowohl auf israelischer als auch auf palästinensischer Seite sofort mit destabilisierenden Aktionen. Die Anschläge islamischer Fundamentalisten eskalierten. Und obwohl alle Macht nach wie vor in den Händen des israelischen Militärs lag, behaupteten Demagogen in Israel, die PLO sei dafür verantwortlich, denn sie verhindere die Anschläge nicht. Auch das israelische Militär ließ sich in dieser Situation nicht von Vernunft leiten. Zwar mußte gegen die Anschläge vorgegangen werden, doch das berechtigte die Armee keineswegs dazu, gewalttätige Gegner des Abkommens nicht zu verhaften, sondern umzubringen.

Die israelische Regierung wäre auch gut beraten gewesen, wenn sie für alle palästinensischen Kämpfer, die das Abkommen begrüßten, eine Amnestie verkündet hätte. Dadurch hätten so manche Gegner überzeugt werden können. Nach dem Händedruck zwischen Rabin und Arafat hatten viele palästinensische Familien gehofft, ihre Väter, Brüder, Söhne und Schwestern zu Hause empfangen zu können. Doch die israelische Regierung war nicht bereit, mehr als eine „symbolische Zahl“ von inhaftierten Palästinensern freizulassen. Und die Jagd auf palästinensische Aktivisten ging weiter, wodurch auch einige derer, die bisher Arafat unterstützten, auf die Seite der Fundamentalisten getrieben wurden.

Besonders bedenklich sind die Provokationen der Siedler. Nicht erst seit dem September 1993, schon seit 1968 stecken sie immer wieder palästinensische Autos an, schießen in Dörfern wild um sich, nehmen Wohnhäuser unter Beschuß, zerstören Solar-Wasser-Behälter auf den Dächern, vernichten die Waren von Palästinensern in deren Marktständen. Von Siedlern wurden nicht wenige der jugendlichen palästinensischen Steinwerfer erschossen. Heute sind sie dazu übergegangen, palästinensische Arbeiter zu ermorden – zur „Vergeltung“, wie es heißt. Sie haben öffentlich erklärt, sie würden den Anordnungen einer palästinensischen Polizei keinesfalls Folge leisten. Seit 1967 ha-

ben die israelischen Behörden die Siedler mit Samthandschuhen behandelt. Sie sind selten verhaftet und, wenn überhaupt, stets zu geringen Strafen verurteilt worden. Ihrer eigenen Auffassung nach haben sie lediglich die Aufforderungen der verschiedenen israelischen Regierungen befolgt, indem sie sich „im Dienst der Nation“ auf den konfiszierten Böden der Palästinenser niederließen. Das ist jedoch nicht ganz die Wahrheit. Tatsächlich wurden nur einige Siedlungen im direkten Regierungsauftrag gegründet – sowohl unter der Arbeitspartei als auch unter dem Likud und sogar noch unter der Rabin-Regierung. Doch das politische Klima verleitete geradezu zu illegalen Landnahmen und Besiedlungen durch beliebige Siedlergruppen, zumal diese im nachhinein von der jeweiligen Regierung stets legitimiert wurden.

Angesichts der politischen Ziele der Siedler und ihrer feindseligen Haltung gegen die Palästinenser erscheint es unrealistisch, daß sie sich freiwillig zwischen den zwei Alternativen entscheiden werden: entweder nach Israel zurückzugehen (wofür sie entschädigt würden) oder unter palästinensischen Gesetzen weiter in den Siedlungen zu bleiben – eine Option, die auch einige israelische „Tauben“ vertreten. Gewiß, sobald es zwei Staaten geben wird, die friedlich und vertrauensvoll koexistieren, sollte es für Juden keine Hindernisse geben, in einem palästinensischen Staat zu leben, und vice versa. Doch das hat nichts, aber auch gar nichts zu tun mit den chauvinistischen Ambitionen, die Menschen bis heute dazu bewegen, sich in den besetzten Gebieten niederzulassen.

## **II. Die Intifada und das Osloer Abkommen<sup>1</sup>**

Die Intifada hat, zumindest bis heute, nicht zur Gründung eines palästinensischen Staats geführt. Doch sie hat eine Umsstrukturierung in den israelisch-palästinensischen Beziehungen bewirkt, die schließlich zur offiziellen Anerkennung der PLO auf der einen und Israels auf der anderen Seite geführt hat. Nun ist zu fragen, ob das Abkommen das einzige Resultat des palästinensischen Aufstands war.

### **1. Die Erfolge der Intifada**

Der wichtigste und offenkundigste Erfolg des palästinensischen Aufstands war Ende 1987 die Erschütterung der israelischen Besatzungsherrschaft in der Westbank (seit 1967) und in Gaza (seit 1973). Fast eine ganze Generation lang konnte Israel die Besatzung mit vergleichsweise geringem Militäraufgebot und ohne allzu viel Konfrontationen mit der einheimischen Bevölkerung aufrechterhalten. Die Antwort der meisten Palästinenser auf die Besatzung lautete damals „Sumud“, das heißt „Ausharren“, eine im Prinzip defensive Strategie, die darin bestand, abzuwarten, bis andere Faktoren, vor allem von außerhalb, ein Ende der Besatzung herbeiführen.

Mit dem Aufstand im Dezember 1987 änderte sich die Strategie: die Palästinenser gingen aus der Defensive in die Offensive und hörten auf, sich von äußeren Faktoren abhängig zu machen. Nun vertrauten sie auf ihre eigene Stärke in einem Kampf des Volkes, der innerhalb der besetzten Gebiete selbst geführt wurde.

Für Israel war die Intifada, vierzehn Jahre nach dem Oktoberkrieg 1973, wie ein Erdbeben, das den innerisraelischen Konsens zur Frage der Besatzung und zur Palästinenserfrage überhaupt in seinen Grundfesten erschütterte. Sämtliche Probleme, deren Lösung alle israelischen Regierungen seither auf den St. Nimmerleinstag verschoben hatten, erhielten plötzlich eine andere Dimension und vor allem Dringlichkeit. Die israelische Gesellschaft, von rechts bis links, begriff, daß Lösungen gefun-

---

<sup>1</sup> Dieser Abschnitt basiert weitgehend auf einem Meinungs austausch mit Michel Warshawsky.

den werden müssen. Doch über die Art dieser Lösungen waren die Meinungen sehr geteilt. Die Konzepte reichten und reichen von einem Massen-Transfer der Palästinenser bis zur Errichtung eines palästinensischen Staats. Einigkeit herrschte jedoch darüber, daß die bestehende Situation nicht mehr aufrechtzuerhalten war.

Die Stärke der Intifada war im Anfangsstadium der breite öffentliche Widerstand, ein gemeinsames Engagement, an dem alle Kreise der Bevölkerung, unabhängig von Klasse, Alter, Geschlecht und politischer Anschauung, teilhatten. Die Weisheit der ersten Führung des Aufstandes bestand darin, daß die Menschen sich in ihrer Vielfalt einbringen und sich so selbst als Wegbereiter und Träger der Intifada erkennen konnten. Das Gremium der „Nationalen Führung“ hatte lediglich die Funktion der Koordination und Leitung. Außer dem lange durchgehaltenen Streik der Ladeninhaber – sämtliche Läden in den besetzten Gebieten blieben nachmittags geschlossen – gab es keine einheitliche, verbindliche Taktik. Jeder Ort und jeder Sektor wählte die geeignete, den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten angemessene Form des Kampfs: Massendemonstrationen, Konfrontationen mit der Armee, Einrichtung von Volkskomitees, Initiativen zu alternativen Wirtschaftsformen, Boykott israelischer Bestimmungen (z.B. Steuern) und Waren.

Die erste Nationale Führung betrachtete die Intifada als eine Volksbewegung gegen die Besetzung und ließ den Aktivisten an der Basis genügend Gestaltungsspielraum, da sie ja die ganze Last des konkreten Kampfs selbst tragen und verantworten mußten. PLO-Organe und die Zentralen der verschiedenen Organisationen spielten bei der Bestimmung der Strategie und in der Leitung des Kampfs kaum eine Rolle. Die Intifada-Führung sah die Aufgabe dieser Organe lediglich darin, den politischen Willen des palästinensischen Volkes umzusetzen, die nationale Bewegung international zu vermitteln und in Verhandlungen zu vertreten. Das große Maß an Autonomie verdankte sich indes vor allem der Tatsache, daß die besetzten Gebiete räumlich von den Hauptquartieren der PLO abgeschnitten waren: letztlich war es eher den Umständen als einer bewußten Entscheidung geschuldet.

So hat sich das palästinensische Volk, in der ständigen Konfrontation mit der Besatzungsmacht und den Siedlern resistent geworden, gestützt auf die eigenen Ressourcen seine eigene politische Kultur geschaffen, fortschrittsorientiert und mit pluralistischem Unterbau: die Volkskomitees und die Dienstleistungsprojekte, die unabhängigen Netzwerke im Gesundheitsbereich und für Rechtsberatung, die Komitees zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen – all das ist durch selbständige Initiativen an der Basis entstanden.

## **2. Der Wendepunkt**

Nach dem ersten Schock reagierte die israelische Regierung mit dem Befehl, den palästinensischen Aufstand mit allen Mitteln zu unterdrücken („Brecht ihnen die Knochen!“), und mit Massenverhaftungen von Palästinensern, die irgendeiner politischen Aktivität in der Intifada verdächtigt wurden. Palästinenser, die als Intifada-Aktivisten in wichtiger Funktion galten, wurden ausgewiesen. Während die Politik der „eisernen Faust“ ihre Wirkung zunächst verfehlte – die jungen Männer und Frauen, insbesondere die Jugendlichen ließen sich durch Schläge, selbst durch Schüsse nicht einschüchtern –, führte die Schwächung der Führung durch die Verhaftungen und Ausweisungen nach und nach zum Ziel. Nach einem Jahr war die Intifada ihrer ursprünglichen politischen Führung be-

raubt, die zum größten Teil in Administrativhaft saß – und die besten unter ihnen waren des Landes verwiesen worden.

Dennoch „starb“ die Intifada nicht. Sie überlebte, indem das Vakuum durch Fax-Anweisungen aus Tunis ausgefüllt wurde. Doch nicht lang, und es kam zu einer Wende. Ein Volksaufstand kann nicht von außen gelenkt werden, schon gar nicht, wenn dieses „außen“ die Situation vor Ort kaum oder zumindest nicht gut genug einschätzen kann. Hinzu kam, daß führende PLO-Mitglieder in Tunis befürchteten, in den besetzten Gebieten könnten ihnen echte Rivalen um den Führungsanspruch erwachsen. Nach den Massenverhaftungen und Ausweisungen nun wurde die ursprüngliche Intifada-Leitung durch Leute ersetzt, deren Qualität vor allem in der Treue und Gefolgschaft zur Führung der palästinensischen Organisationen „draußen“ bestand.

So kam es, daß ab 1990 etwa die Nationale Führung der Intifada sich aus Leuten zusammensetzte, die – wenn überhaupt – nur lose Verbindungen zur Bevölkerung in den besetzten Gebieten und zu den Komitees des Aufstands hatten. Sie hatten keinerlei Autoritätsbefugnisse in den besetzten Gebieten und ebensowenig verfügten sie über Druckmittel, um die Führung in Tunis und Damaskus, d.h. die PLO „draußen“, zu echter Hilfe und Unterstützung zu bewegen. So verlagerte sich der Schwerpunkt innerhalb kurzer Zeit auf die Aktivitäten der PLO in Tunis, und die Basis-Aktionen der Bevölkerung in den besetzten Gebieten waren nur noch von untergeordneter Bedeutung.

Die massive Unterdrückung der Intifada durch Israel hat den Volksaufstand gewiß schwer getroffen: Die Toten, die Verwundeten, die Gefangenen, die Häuserzerstörungen und die langanhaltenden Ausgangssperren, all dies hat die Bereitschaft, zu kämpfen und weitere Opfer zu bringen, schließlich geschwächt. Doch die Unterdrückung war nur einer von mehreren Gründen für die Schwächung der Intifada, so wichtig er auch ist. Ein anderer wichtiger Grund war das Fehlen einer Führung, die wirklich imstande gewesen wäre, eine konkrete Zielsetzung auszuarbeiten, die die Bevölkerung der besetzten Gebiete auf die Dauer in einem gemeinsamen Kampf hätte einen können. Der lange durchgehaltene Steuerstreik in Beth Sahour (bei Bethlehem) etwa wurde wohl zum „Modell“ erklärt, letztlich blieb er jedoch eine isolierte Aktion. Trotz der zuversichtlichen Einschätzung Feisal Husseinis blieb die Schaffung „vieler Beth Sahours“ aus.

### **3. Vom Golfkrieg nach Madrid**

Die Intifada hatte ihren Charakter als Massenbewegung schon vor der Golfkrise verloren. Die Zahl der Massendemonstrationen entwickelte sich umgekehrt proportional zur Zahl der PLO-Treffen mit Außenministern und Gesandten der verschiedenen Länder. Die internationale Anerkennung der PLO und die dadurch möglich gewordenen Verhandlungen mit der US-Regierung sind zweifellos wichtige Errungenschaften der Intifada. Doch je mehr aller Augen – auch die der Palästinenser – auf das Orient House (den Sitz der politischen Delegation Feisal Husseinis), das American Colony und das National Palace Hotel gerichtet waren, desto weniger sah man noch die Nöte und Kämpfe in den Flüchtlingslagern Dir Al-Balah, Jabalia und Balata in Gaza.

So verlor die Intifada einige ihrer wichtigsten Stützpunkte. Das ermöglichte es den USA und Israel, Zugeständnisse zurückzunehmen, die sie vorher zu machen gezwungen waren. Auch der Golfkrieg – bzw. die ungeschickte Haltung der PLO – lieferte den USA einen Anlaß, ihre Anerkennung der PLO zurückzunehmen. Allgemein wurde angenommen, die Intifada sei im Begriff zu verschwinden. Doch dem war nicht so. Die Bewohner der Westbank und des Gaza-Streifens reagierten auf den außergewöhnlichen Druck der monatelangen Ausgangssperren, auf die Beschießung von Men-

schenmengen Anfang 1991 und auf die Erniedrigungen, denen sie nach der Niederlage des Irak sowohl durch Israel – auch durch die Linke – als auch international ausgesetzt waren, mit einer neuen Art von Intifada: Weniger Massendemonstrationen, sondern blutige Attacken auf israelische Soldaten und Zivilisten. Zum zweiten Mal innerhalb von vier Jahren zeigten die Palästinenser, besonders die Jugendlichen, daß die Lage nie wieder so sein würde wie vor der Intifada. Die USA hatten keine andere Wahl: sie mußten von ihrem „Nein“ schnaubenden hohen Roß steigen, auf das sie während des Golfkriegs gestiegen waren, und sich mit der Beteiligung der PLO an den Gesprächen über eine „Neue Weltordnung“ einverstanden erklären – wenn auch vorläufig noch hinter den Kulissen. Die Bedingungen, die den Palästinensern gestellt wurden, waren sehr hart. Sie spiegelten das neue Kräfteverhältnis am Ende des Golfkriegs wider. Gleichwohl war das von der Intifada geschaffene Gewicht in dem Respekt gebietenden Auftreten des palästinensischen Delegationsleiters Haider Abdel Shafi unverkennbar gegenwärtig, dem die Shamir-Regierung nun gezwungenermaßen gegenüber saß.

Doch der Intifada widerfuhr noch einmal dasselbe wie in der ersten Phase ihrer Geschichte: Sie war es, die die Beteiligung einer palästinensischen Delegation an der Madrider Konferenz erwirkt hat, und eben dort sollte sie wieder von der Bildfläche verschwinden. Kurz nach der Eröffnungszermone gingen zehntausende Palästinenser mit Olivenzweigen auf die Straße und überreichten sie den Soldaten der israelischen Besatzungsmacht. Immerhin ein deutliches Zeichen dafür, daß Yassir Arafat durchaus das Mandat der Intifada hat, bei den Verhandlungen über die politischen Forderungen zu diskutieren, für die sich die Palästinenser in den besetzten Gebieten erhoben hatten.

#### **4. Von Madrid nach Oslo**

Die Hinhaltetaktik der Shamir-Regierung höhnte die Madrider Konferenz und die Gespräche in Washington aus. Zugleich wurde auch die Unfähigkeit der PLO-Führung deutlich, dieser Taktik etwas entgegenzusetzen. So nahm in der palästinensischen Bevölkerung die Kritik an Arafat zu, je aussichtsloser die Gespräche in Washington wurden. Sogar in PLO-Kreisen in- und außerhalb der besetzten Gebiete mehrten sich die kritischen Stimmen.

In dieser Situation begannen selbst die kurzsichtigsten israelischen Politiker zu begreifen, wenn nicht bald ein Durchbruch in den Verhandlungen erzielt würde, dann gäbe es auf palästinensischer Seite sehr bald niemanden mehr, mit dem man verhandeln könnte. Und dann sähe sich die israelische Armee mit unzähligen bewaffneten Banden konfrontiert, die – ohne Strategie und zentrale Führung – die Lage beidseits der grünen Linie durch Guerilla-Attacken gegen Soldaten wie Zivilisten ständig destabilisieren und verschärfen würden. Israelischerseits erkannte man zum ersten Mal die Gefahr, daß sich der Volksaufstand der Intifada in einen militanten, blutigen Guerillakampf verwandeln könnte. Das war wohl der hauptsächliche Grund, der die israelischen Repräsentanten dazu bewog, die Verhandlungen in Oslo aufzunehmen.

Sechs Jahre nach ihrem Beginn versickert die Intifada, wie es scheint, in einem trockenen Wadi: Trotz des hohen Blutzolls, den sie entrichtet haben, gelang es den Palästinensern weder, den Rückzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten noch zumindest einen Ansatz zu einem eigenen Nationalstaat durchzusetzen. Auf der anderen Seite gelang es auch dem israelischen Militär nicht, die Intifada ganz zu unterdrücken und den ursprünglichen Zustand wiederherzustellen. Nach den Vereinbarungen von Oslo läßt sich der neue Status quo etwa wie folgt charakterisieren: Die israelische Armee wird sich in Etappen aus Teilen der besetzten Gebiete zurückziehen, doch die

Zukunft der Westbank und des Gaza-Streifens bleibt ungewiß. Darüber wird erst das Kräfteverhältnis entscheiden, das in der Phase der zugesicherten Autonomie entstehen wird. Entweder wird im ganzen seit 1967 besetzten Gebiet – einschließlich Ost-Jerusalem und den aufgelösten Siedlungen – ein unabhängiger palästinensischer Staat entstehen, oder die israelische Besatzung perpetuiert sich in Gestalt zersplitterter Bantustans, über die Israel zwar nicht de jure, aber de facto herrschen wird. Nichts ist entschieden. Ob die Zukunft wirklich von den Aktivistinnen und Aktivisten an der Basis der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten bestimmt wird oder doch von Kompromissen zwischen Israel und der PLO-Führung in Tunis, steht noch in den Sternen.

In Hebron ist kürzlich Mustafa Natsche durch einen ganz und gar undemokratischen Akt wieder in sein Amt als Bürgermeister eingesetzt worden. 1983 war Natsche von den Israelis willkürlich abgesetzt worden, weil man ihn verdächtigte, mit der PLO zu sympathisieren. Ebenso willkürlich, ohne Wahlen, setzten ihn die Israelis 1994 wieder ein. Dazu der palästinensische Journalist Naji Dana: „Hier müßte ein jüngerer Mensch das Bürgermeisteramt übernehmen. Einer von uns, der unsere Probleme auf den Straßen und im Gefängnis kennt.“ Ohne demokratische Wahlen wurde auch Mansour Shawa zum Bürgermeister von Gaza ernannt. Schon sein Vater, Rashid Shawa, hatte denselben Posten unter den Ägyptern und unter den Israelis inne. Er war der reichste Großgrundbesitzer in Gaza.

### **III. Fakten und Eindrücke aus Israel/Palästina im März-April 1994**

Am 26.1.1994 begann eine radikale Siedlergruppe mit dem Namen „Dies ist unser Land“ in Hebron eine weitere Siedlung namens *Givat Lapid* zu errichten. Das ist nur der erste Schritt in ihrem Plan, die Zahl der Siedlungen in der Westbank in den folgenden drei Monaten zu verdoppeln, um die Ängste der Palästinenser so eskalieren zu lassen, daß sie schließlich ihre Häuser zu verlassen. Die Hoffnungen der Einwohner Hebrons nach dem Rabin-Arafat-Abkommen nehmen mit jeder Siedlung in der Umgebung ab – inzwischen sind sie von 27 jüdischen Siedlungen umringt! Nachdem nun auch noch Pläne für eine große Verbindungsstraße zwischen allen jüdischen Westbank-Siedlungen offengelegt worden sind und die Provokationen und Attacken fanatischer Siedler von der Regierung nicht unterbunden werden, scheint ein Frieden *ohne* die Auflösung der jüdischen Siedlungen immer unmöglicher. Ein Palästinenser äußerte: „Dieser Frieden ist ein Frieden für die Diplomaten im Fernsehen. Die Siedler behandeln uns wie Tiere, und das Abkommen stoppt sie nicht, sondern macht sie noch wilder. Wo ist die Gerechtigkeit, wenn ich nicht einmal meine eigenen Kinder verteidigen kann?“

#### *Das jüdische Hebron-Solidaritätskomitee*

Das jüdische Hebron-Solidaritätskomitee (HCS) wurde Anfang November 1993 nach einer Welle von blutigen Attacken gegen Bewohner der Westbank insbesondere in der Gegend um Hebron gegründet. In der Gründungserklärung des Komitees heißt es, daß es gegen die Überfälle von Siedlern und Gewaltmaßnahmen des Militärs angehen und sich außerdem für den Rückzug des Militärs und der Siedler aus dem gesamten besetzten Gebiet einsetzen will. Das Komitee hat enge Kontakte mit den Einwohnern von Hebron und stattet den betroffenen Familien unzählige Solidaritätsbesuche ab. Es hat israelische und ausländische Journalisten nach Hebron gebracht, um die Nachrichtensperre bezüglich der Ereignisse in Hebron zu unterlaufen. Rechtsanwälte beteiligten sich mit



Rechtshilfe. Das Komitee hat auch gegen die fortdauernde Landenteignung der Palästinenser demonstriert. Während einer Demonstration wurden sieben Mitglieder des Komitees verhaftet, weil sie sich weigerten, ein als militärisch ausgewiesenes Sperrgebiet zu verlassen. Am 25. Dezember 1993 trafen sich 25 Mitglieder des Komitees mit 44 Einwohnern von Hebron, unter ihnen politisch und sozial engagierte Menschen und einige der kürzlich entlassenen Verbannten aus dem Südlibanon. Dieses Treffen war deshalb so ungewöhnlich, weil hier die seit dem Rabin-Arafat-Abkommen zerstrittenen Fraktionen FATAH, PFLP und sogar HAMAS mit dem jüdischen Komitee zusammensaßen. Nach dem Massaker in der Ibrahim-Moschee ist solch eine Zusammenkunft nicht mehr möglich.

### *Wirtschaft*

Wir sollten uns nicht nur fragen, ob der Traum, in Palästina ein nah-östliches Singapur oder Malaysia aufzubauen, wegen der offenkundig neo-kolonialistischen Beziehungen Israels zu den Palästinensern nicht naiv ist. Wir sollten auch sehr deutlich sagen, daß das Bild von Singapur *nicht unserem* Traum entspricht. Wir sind zwar an wirtschaftlichem Aufschwung für die palästinensischen Gebiete interessiert, aber nicht im Sinne der Investoren (die vor allem von für sie günstigen Bedingungen wie Billiglöhnen etc. angezogen würden), sondern für alle gleichermaßen.

Die palästinensischen Geschäftsleute, die man als „Diaspora-Kapitalisten“ bezeichnet, weil sie ihr Geld hauptsächlich in anderen arabischen Staaten, vor allem am Golf gemacht haben, haben in den vergangenen Jahren eine bedeutende Rolle bei der Unterstützung der PLO gespielt. Kein Wunder also, daß sie sich heute zu Wort melden und Mitspracherechte einfordern. Ihnen ist es nicht egal, wer im zukünftigen Staat Palästina das Sagen hat. Seit den Madrider Verhandlungen zeichnete sich ab, daß die Bank- und Währungsprobleme in jedem Fall eine dreiseitige Angelegenheit zwischen Israel, Jordanien und der PLO werden würden. Inzwischen ist die *International Palestinian Bank* für die besetzten Gebiete gegründet worden. An den 40 Millionen Dollar Geschäftskapital ist neben der spanischen *Banco Central Hispania*, der *Banque Commerciale du Maroc* und einer Gruppe palästinensischer Geschäftsleute zu gleichen Teilen *auch* Israels staatliche Bank *Le'umi* beteiligt! Ob hier zwischen Israel und der PLO still und leise eine Finanzehhe eingegangen wurde?!

Bereits im Februar 1993 erklärte der damalige Präsident des Unternehmerverbandes *Dov Lautman*: "Uns macht es nichts aus, wenn ein palästinensischer Staat geschaffen wird."

### *Das Massaker in der Ibrahim-Moschee von Hebron und wie es dazu kam*

Nach dem sogenannten Sechs-Tage-Krieg, als die Arbeitspartei an der Regierung war, unterschied sie zwischen solchen Siedlungen in den besetzten Gebieten, auf die aus strategischen Gründen nicht verzichtet werden, und solchen, über die verhandelt werden kann. So besiedelte die Arbeitspartei Teile des Sinai, die Golanhöhen, die Westbank und Gaza. In der Westbank galt ihr besonderes Augenmerk der Gegend um Jerusalem. Die Siedlungen Gila im Süden, Neve Jakov im Norden, Ramot im Westen und Ma'ale-Adumim im Osten sollten Jerusalem von allen Seiten umschließen und die Rückgabe dieses Landes an die Palästinenser ein für allemal verhindern. Neben Jerusalem waren es der Block um Etzion und die Gegend um Hebron, die Israel ohne jede Verhandlung für sich beanspruchte. Dazu kamen noch die Siedlungen in der Jordansenke, die als strategisch unabdingbar galten, mit dem Jordanfluß als natürliche Grenze.

Um Menschen für die neu erbauten Siedlungen in der Jordansenke zu rekrutieren, baute Israel auf die Kibbutzbewegung. Die ersten landwirtschaftlichen Siedlungen wurden von jungen Kibbutzmitgliedern aufgebaut, die für mehrere Jahre „ausgeliehen“ wurden, bis die neue Siedlung selbständig geworden war und auf eigenen Füßen stehen konnte. In anderen Gegenden jedoch, besonders im Etzion-Block und um Hebron, baute die Regierung auf die religiöse Jugendbewegung *Bnei-Akiba*, die sich immer mehr in eine religiös-extremistische Richtung entwickelte und aus der der berühmte *Gush Emunim* (Block der Getreuen) hervorging. Die Unterstützung der Regierung für diese religiösen jungen Leute war nicht wirtschaftlich, sondern ideologisch begründet. Schließlich siedelten sie im „Land der Urväter“, um ihren aus der Bibel hergeleiteten historischen Anspruch zu zementieren.

Als 1974 nach der Niederlage von Golda Me'ir im Oktoberkrieg Rabin Regierungschef wurde, kam es zu ersten Differenzen zwischen der Regierung und den Siedlern. Bis dahin war man dem ursprünglichen *Allon-Plan* gefolgt, nach dem es vermieden worden war, in von Palästinensern dicht bevölkerten Gebieten zu siedeln. Genau dies aber wollte nun der *Gush Emunim*: Für die religiöse Siedlerbewegung ging es gerade um den Ausbau und die Erweiterung der Siedlungen, um keinerlei Möglichkeiten für künftige Verhandlungen offen zu lassen. Aus Angst vor einer unpopulären Konfrontation mit den Siedlern gab die Regierung Rabin mit Peres als Sicherheitsminister deren Forderungen immer mehr nach. So war der Weg von der Arbeitspartei schon vorbereitet, als Menachem Begin an die Regierung kam, und konnte nun mit größerem Schwung fortgesetzt werden. Jetzt war der *Gush Emunim* Vorkämpfer, nicht mehr die Kibbutzim.

In der Regierungszeit des Likud kam noch ein weiterer Pfeiler zu den Siedlungsprojekten: Da es schwierig wurde, genügend Menschen für die neuen, überall aus dem Boden schießenden Siedlungen zu finden, beschloß der damalige Landwirtschaftsminister Ariel Sharon, die neuen Siedlungen in den besetzten Gebieten nahe der „grünen Grenze“, dem israelischen Kernland, anzulegen. Deren Bewohner konnten weiterhin in Israel arbeiten, hatten aber billige und schöne Wohnungen mit der nötigen Infrastruktur wie Zugangsstraßen, Wasser (z.B. für Swimming pools), Elektrizität, Kindergärten, Schulen etc. So kamen jetzt junge Ehepaare, die einfach eine billige Wohnung suchten, zu der sie auf normalem Weg nicht gekommen wären. Auf diese Weise ist z.B. die Stadt Ariel entstanden. Für sie wurden Tausende von Dunam (1 Dunam = 0,42 ha) von den palästinensischen Dörfern konfisziert bzw. mit Hilfe gefälschter Papiere von palästinensischen Kollaborateuren gekauft.

Diese Siedlungspolitik wurde bis 1984 fortgesetzt, als die Arbeitspartei mit dem Likud eine große Koalition einging und Yitzchak Rabin Verteidigungsminister wurde. Die Regierung investierte Millionen für die Siedlungen, und Rabin als Verteidigungsminister sorgte dafür, daß die Siedler alle bewaffnet wurden. Doch für Ariel Sharon war das alles noch nicht genug. Er sorgte für „Filialen“ der Siedlungen in Hebron (bis dahin eine rein arabische Stadt) und im arabischen Teil der Altstadt von Jerusalem, wo er für sich selbst ein arabisches Haus konfiszierte (in dem er freilich nie wohnte). Kürzlich wurde ein palästinensisches Haus in Silwan, einem alten, rein arabischen Dorf bei Jerusalem konfisziert. All dies dient dazu, den jüdischen Anspruch auf das Land zu unterstreichen.

Viele Leute sind heute der Meinung, die Machenschaften Sharons seien einer der Auslöser für die Intifada gewesen. Diese Politik war nie auf ein gemeinsames Leben von Juden und Arabern ausgerichtet, sondern darauf, den Palästinensern das Leben so schwer wie möglich zu machen und sie zum Verlassen ihrer Heimat zu bewegen. Deshalb kann heute mit Recht gesagt werden: Wer die

vielen Siedlungen, wie Kirjat-Arba bei Hebron gesät und die Ansiedlung von jüdischen Familien im Herzen von Hebron forciert hat, hat das Massaker in der Ibrahim-Moschee geerntet.

#### *Nach dem Massaker von Hebron*

Noch am Abend nach dem Massaker am 25.2.94 traf sich der amerikanische Botschafter mit der israelischen Regierung, um die zukünftigen Schritte abzusprechen. Die USA wollen die Schlüsselrolle bei den Verhandlungen behalten, um die einen gegen die anderen ausspielen zu können, etwa Syrien gegen die Palästinenser und umgekehrt.

#### *Frieden mit Syrien?*

Die jüdischen Siedler auf den im Sechs-Tage-Krieg eroberten Golanhöhen tun sich schwer mit den Friedensperspektiven mit Syrien, die ja höchstwahrscheinlich eine Rückgabe der Golanhöhen beinhalten werden. Trotzdem: 85 jüdische Siedler haben einen Verein gegründet, der heißt: Bewohner des Golan für den Frieden. Miri Sadeh, Mutter eines Soldaten, sagte: „Ich bin nicht bereit, das Leben eines Menschen für Boden zu opfern.“ (*Yedioth* 13.02.1994)

#### *Gush Shalom*

Gush Shalom wurde von Uri Avnery mitbegründet und ist radikaler als *Peace Now*. Aus dem Flugblatt zur großen Protestdemonstration in Tel Aviv am 26.2.94 nach dem Massaker in Hebron:

#### **Wer ist wirklich verantwortlich?**

Die Starrköpfigkeit der Regierung, die Siedlungen weiter zu dulden, ist der Grund für ewiges Blutvergießen. Wir haben den „nationalen Konsens“ satt, der uns noch für lange Jahre einen mörderischen Konflikt beschert. Wir müssen den Kampf für den Frieden offensiver führen. Darum fordern wir

- alle jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten aufzulösen,
- die Forderung der Palästinenser nach internationalem Schutz zu unterstützen,
- alle palästinensischen Gefangenen freizulassen,
- sofort mit Verhandlungen über ein dauerhaftes Abkommen zu beginnen, das Wegbereiter für einen palästinensischen Staat neben Israel und einen gemeinsamen Friedensvertrag ist.

Solange die Regierung diesen Weg nicht beschreitet, ist sie verantwortlich für das andauernde Blutvergießen.

Ein ironisch gemeintes Rezept für die kranke israelische Gesellschaft – wie auf einem Rezeptblock eines Arztes gedruckt:

**Dr. Gush Shalom**\_[Dr. Friedensblock]

A.O.B. 11112 Tel Aviv-Jaffa

29.1.1994

#### **Ärztliches Gutachten**

Diagnose: Friedensverstopfung

- a) Ständiger Drang, Frieden zu schließen, aber auch chronische Unfähigkeit, die hierfür nötigen Bewegungen zu machen.
- b) Anwachsen und Auswuchern der Siedlungen überall in den besetzten Gebieten
- c) Irrationale Angstzustände, immer wenn der Frieden näherrückt
- d) Ständiges Bauchgrimmen

Verordnete Behandlung

- a) Eine Operation vornehmen, um die Siedlungen aufzulösen.
- b) Sich daran gewöhnen, daß man für einen dauerhaften Frieden alle besetzten Gebiete zurückgeben muß.
- c) Nicht mehr schweigen, auch wenn es Rabin erzürnt.
- d) Entschlußfähigkeit und Mut stärken.

Das Wichtigste ist, sich nicht zu fürchten!

Anmerkung: Der Frieden ist die beste Krankenversicherung für Israel.

*Al Ha'Mishmar* 8.3.94

Am Internationalen Tag der Frau demonstrierten arabische und jüdische israelische Frauen vor der Knesseth und stellten zwei Forderungen:

- Gleichberechtigung der Frauen
- energische Schritte für den Frieden

### *Berichterstattung im israelischen Fernsehen nach dem Massaker*

Nach dem Massaker in Hebron erschienen in den israelischen Medien keine Bilder von den ermordeten Palästinensern, keine Bilder von trauernden Familien oder erschütternden Begräbnisszenen. Jeder Mord an einem Juden hingegen wird lang und breit mit allen tragischen Aspekten gebracht. – Ist Tod nicht gleich Tod, Mord nicht gleich Mord?!

### *Interview im israelischen Fernsehen am 17.3.94:*

Interviewt werden Schulkinder der jüdischen Siedler in Hebron am vorläufigen Grab von Baruch Goldstein, dem Mörder der Betenden in Hebron.

Frage: Was empfindet ihr hier am Grab?

Eine Schülerin: Er war ein großer Held.

Frage: Aber so viele Tote?

Antwort: Er hat doch nur ein paar Araber umgebracht.

Die Kinder singen ein Spottlied (in Reimen):

Wir gehen zu unserem Tempel,

Soll die arabische Moschee zerspringen!

Gehen wir nach Hebron

und werfen noch eine Bombe.

Wir singen unser Lied, bis wir über Hebron regieren!

Das singen die Kinder der Siedler auf den wegen der Ausgangssperre wie ausgestorbenen Straßen, vor den Augen der eingeschlossenen 120.000 palästinensischen Bewohner von Hebron in der 4. Woche der Ausgangssperre! Die Kinder der Siedler fahren unter Militärbegleitschutz auf ihren Fahrrädern durch die Straßen, während die Bewohner von Hebron in den Häusern verharren mußten.

Die beiden letzten Augenzeugen, die Baruch Goldstein vor dem Massaker sahen, berichteten, daß er sagte: „Heute ist *unser* Feiertag.“ Rabbi Lior von der religiösen, nationalen Partei sagte nach dem Massaker in Hebron: „Sich an Arabern zu rächen ist ein gutes Werk.“ (*Yedioth* 22.3.94)

In den Synagogen von Safed wurde der Text eines besonderen Gebetes für das Wohlergehen der Siedler in den besetzten Gebieten und für die Freilassung der in Administrativhaft Einsitzenden verbreitet. (*Ma'ariv* 24.3.94)

Nach Unterlagen der israelisch-palästinensischen Ärzteorganisation sind schon vor dem Massaker 160 Palästinenser von Siedlern ermordet worden. Diese Siedler kamen entweder überhaupt nicht

vor Gericht oder mit lächerlich geringen Strafen davon. (Siehe hierzu den Bericht von B'Tselem in *Al Ha'Mishmar* vom 16.3.94)

*Al Ha'Mishmar*, 15.3.94

Peace Now fordert auf einer Pressekonferenz die sofortige Auflösung der Siedlungen während der Übergangsperiode. Nach Schätzungen der Bewegung werden momentan 7.000 Soldaten benötigt, um die Siedler zu schützen. Die Auflösung der Siedlungen und die Rückführung der Siedler wird 2,5 Milliarden Dollar kosten. Es gibt 108.000 jüdische Siedler in den besetzten Gebieten. Zunächst sollten alle Siedlungen in den Gebieten aufgelöst werden, für die eine Teilautonomie vorgesehen ist. Ebenfalls die Siedlungen in Hebron, am Joseph-Grab in Nablus und an der alten Synagoge in Jerusalem.

*19.3.94: Besuch bei Kav La'oved (Worker's Hotline – Organisation zum Schutz der Rechte palästinensischer Arbeiter)*

In Tel Aviv gegründet, machte diese Organisation regelmäßige Besuche in der Westbank und besonders in Gaza. Inzwischen hat sie selbständige Zweigstellen in Gaza, Nablus und *Qalqilja* eingerichtet. Alle Klagen werden in Tel Aviv gesammelt, wo über rechtliche Schritte und die Hinzuziehung von Anwälten zur Durchsetzung der Forderungen entschieden wird. Jeder Arbeiter zahlt vor der Bearbeitung seines Falles 20 Schekel (etwa 13 DM) in die Kasse. Nach erfolgreichem Prozeß zahlt der Arbeiter 15% für das Anwaltshonorar (was natürlich nicht die Unkosten deckt) und bei gütlicher Einigung zahlt er nichts. In immer mehr Fällen hat *Kav La'oved-Worker's Hotline* große Erfolge und eine gute Presse. Erstaunlicherweise begegnet ihnen sogar die große israelische Gewerkschaft *Histadrut* mit Respekt.

Ein weiterer wesentlicher Punkt sind die Sozialleistungen, für die den palästinensischen Arbeitern automatisch ein bestimmter Betrag vom Lohn abgezogen und einbehalten wird, in deren Genuß sie allerdings nie kommen. Interessanterweise sind selbst die palästinensischen Gewerkschaften – soweit sie bestehen – dafür, die Gelder an die PLO abzuführen.

Im Jahre 1970 verabschiedete die israelische Regierung eine Resolution, nach der Arbeitnehmer aus den besetzten Gebieten sozialrechtlich den israelischen gleichzustellen sind. Die Arbeiter aus den besetzten Gebieten müssen seit 1970 den gleichen Prozentsatz ihres Lohnes an die Nationale Sozialversicherung abführen wie die israelischen (auch der Unternehmeranteil an den Lohnnebenkosten ist seither für beide Gruppen gleich hoch). Während aber die israelischen Arbeiter von der ganzen Palette der Sozialversicherungsleistungen profitieren – Arbeitslosenunterstützung, Alterspensionen, Zahlungen bei Arbeitsunfähigkeit, Zusatzzahlungen bei zu niedrigem Einkommen, Kindergeld, Mutterschaftsgeld etc. –, erhalten Arbeiter aus den besetzten Gebieten in all diesen Fällen keinen Schekel. Sie bekommen lediglich einen Ausgleich bei Arbeitsunfällen, Bankrott der Unternehmer und einen Klinikzuschuß bei Entbindungen in israelischen Krankenhäusern, wozu die große Masse der Bevölkerung gar keine Gelegenheit hat. Dieser Ausschluß der Palästinenser von fast allen Ansprüchen an die Sozialversicherung ist ebenfalls in der Regierungsresolution von 1970 verankert, derzufolge lediglich israelische Staatsbürger Ansprüche an die Nationale Sozialversicherung haben.

Seit 1970 haben palästinensische Arbeiter – ca. 600.000 Arbeiter in fast 24 Jahren – etwa eine Milliarde Dollar in die israelische Sozialversicherung einbezahlt. Doch der größte Teil dieses Geldes ist in die israelische Schatzkammer geflossen.

*Kav La'oved* nennt diese Praktiken illegal. Alle Abgaben (Zwangsabgaben) von palästinensischen Arbeitern müssen den einzelnen Arbeitern zurückgegeben werden und dürfen nicht als eine Art zusätzliche Steuern einbehalten werden.

*Die Menschenrechtsorganisation B'Tselem klagt an:*

Das Militär, die Polizei, die Staatsanwaltschaft und sämtliche Justizbehörden halten es mit einer Politik des „laissez-faire“ gegenüber den Siedlern. Hunderten von Klagen der Palästinenser wurde überhaupt nicht nachgegangen (das ist belegt!). In vielen Fällen standen Soldaten tatenlos daneben, wenn Siedler Palästinenser angriffen und deren Eigentum wie Autos, Hausrat, Verkaufsstände etc. verwüsteten, und machten keinerlei Anstalten, die Siedler festzunehmen. Das Militär hält die Siedler offenbar für einen Sicherheitsfaktor und arbeitet deshalb mit ihnen zusammen. Die Polizei nimmt im allgemeinen keine Beschwerden von Palästinensern entgegen. Auch bei Todesfällen nach Angriffen der Siedler wurden die Akten oft mit der Ausrede geschlossen, es gebe keine Zeugen. Nur in vier von 206 solcher belegten Überfälle waren die Siedler wirklich in Gefahr waren (wobei sie diese meist selbst provoziert hatten). (*Al Ha'Mishmar*, 16.3.94)

„Nicht nur, daß wir alle im allgemeinen wußten, was im B'Tselem-Bericht genau und detailliert beschrieben ist. Nun erfahren wir auch von so niederträchtigen „kleinen“ Attacken wie: daß die wertvollen Teppiche in der Moschee mit Salzsäure überschüttet oder Reißnägeln ausgestreut wurden, damit die barfüßig Betenden sich die Fußsohlen verletzten.“ (aus dem Bericht von B'Tselem)

Rabin wußte wohl, warum er gegen eine (wenn auch Israel-interne) Untersuchungskommission war. Lange Zeit konnten die Siedler solche „Heldentaten“ vollbringen, *ohne* daß das Militär irgendwie reagierte. Denn dem Militär war es nicht nur verboten, schießende Siedler durch Schüsse abzuschrecken – auch Tränengas durfte nicht angewendet werden, wegen der „traumatischen Assoziationen, die Gas bei Juden hervorrufft“!!! (*Yedioth*, 18.3.94, von Silvy Keshet)

*18.3.94 - Besuch bei der israelisch-palästinensischen Ärzteorganisation (PHR - PHYSICIANS FOR HUMAN RIGHTS)*

Das Schweizer Fernsehen hat einen Film über die Tätigkeit der PHR gedreht, insbesondere einen Ambulanzbesuch in einem palästinensischen Dorf in der Westbank. Wegen der langen Ausgangssperre kann niemand zur Arbeit nach Israel, auch nicht den Lohn für den Monat März abholen. (Ramadan!) Mütter, deren frühgeborene Säuglinge im Inkubator liegen, können nicht zum Stillen in das größte Jerusalemer Krankenhaus, das Makassad-Hospital. Von anderen, ambulanten Patienten ganz zu schweigen.

Die PHR bemüht sich schon lange darum, gegen die Folterung der Gefangenen anzugehen – im vorigen Jahr etwa mit dem Anti-Folter-Kongreß. Vor kurzem geschah es zum ersten Mal, daß sich eine jüdisch-israelische Ärztin aus dem Hadassah-Krankenhaus telefonisch an die PHR wandte und den Fall eines Patienten meldete, der von einem Polizeigefängnis zu ihr gebracht worden war; sie war sicher, daß er gefoltert worden war. Sie konnte es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren, ihn wieder zurück zum Verhör zu schicken, weil sie befürchtete, daß ihm ähnliches nochmals widerfahren würde. Seitens der PHR wurde ihr geraten, einen detaillierten Bericht zu schreiben und bei der Polizei Anzeige zu erstatten. Bei der Polizei wurde ihr allerdings gesagt, daß sie keine Anzeige erstatten könne – das müsse der Palästinenser selbst tun. (Was natürlich nicht möglich war.) Diese

Ärztin hatte als erste die Grenze – den nationalen Konsens – überschritten. Es bleibt zu hoffen, daß auch andere Ärzte ihrem Beispiel folgen.

#### **Bericht der PHR nach dem Massaker von Hebron**

Am Freitag, dem 25.2.94, betrat (mindestens) ein israelischer Siedler namens Baruch Goldstein die Grotte Machpala (Abrahams Grab in Hebron) in der Ibrahim-Moschee und gab über 100 Schüsse aus seiner Militärwaffe ab. Über 30 betende Palästinenser wurden getötet und viele Dutzende verletzt. Mit ziemlicher Sicherheit hatte Goldstein noch zumindest einen Helfer. Beim Gedränge vor dem Hospital El Achli in Hebron erschossen israelische Soldaten noch mindestens vier weitere Palästinenser und verletzten eine beträchtliche Anzahl. In den sechs Tagen nach dem Massaker wurden bei Protestdemonstrationen noch weitere 17 Palästinenser von den israelischen Sicherheitskräften getötet und Hunderte verletzt. Das Militär befand sich in großer Zahl in den dichtbesiedelten Zentren der palästinensischen Bevölkerung, verwickelte sich in Streitigkeiten mit Demonstranten, schoß scharf auch in Situationen, in denen keine Gefahr bestand.

#### *Aktivitäten der PHR*

In dieser angespannten Situation setzte sich die PHR mit palästinensischen Ärzten in Verbindung und verurteilte die grobe Verletzung der Menschenrechte durch israelische Behörden. Die PHR half, Kontaktschwierigkeiten auch mit israelischen Gesundheitsbehörden zu überbrücken und sorgte für medizinische Ausrüstung und Lebensmittel ebenso wie für den Transport von kranken und verwundeten Palästinensern zu den medizinischen Versorgungszentren.

Die PHR wandte sich an das israelische Gesundheitsamt, um fehlende Antibiotika, Sauerstoff und Medikamente für die Opfer des Verbrechens zu erhalten. Neve Gordon, im Vorstand der PHR, bat noch am Freitagabend den Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses Dr. Shuki Schamer in seiner Wohnung um Beistand. Dieser versprach, alle notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die PHR wandte sich zusammen mit anderen Menschenrechtsorganisationen an Rabin und forderte die Aufhebung der Ausgangssperre zum Ende des Ramadans. Der tragische und unnötige Verlust von Menschenleben schockierte und entsetzte die PHR.

Die PHR fordert neben der Prüfungskommission zusätzliche (internationale) Schritte zur Sicherheit der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten.

#### *27.3.94 - Kondolenzbesuch in der arabischen Stadt Tulkarem (Westbank) mit den PHR*

Ich fuhr mit den Mitarbeitern von PHR zu einem Beileidsbesuch bei einer Familie, deren ca. 28jährige herzkrankte Tochter von den PHR betreut worden war. Nach Untersuchungen in arabischen Krankenhäusern wurde sie endlich in das jüdische Hadassah-Krankenhaus eingeliefert, wo die Fachärzte feststellten, daß nur eine Herztransplantation ihr Leben retten könnte. Die Familie ist völlig mittellos, aber durch weitverzweigte Beziehungen der PHR konnte ein Krankenhausaufenthalt und eine Herztransplantation in England gesichert werden. Unglücklicherweise unterlief dem Pflegepersonal im Hadassah-Krankenhaus ein tragischer Fehler, als man ihr eine Stärkungsspritze in eine falsche Ader gab. So starb sie. Die Familie, viele Freunde und Nachbarn waren natürlich untröstlich, empfingen uns von der PHR aber ganz rührend und voller Dankbarkeit für die großen Bemühungen, die sie alle anerkannten.

Vom 6.-8. Februar 1994 tagte in Kairo ein Ärztekongreß zum Thema: *Aufbau und Entwicklung der Gesundheitsfürsorge für die Palästinenser in den zur Zeit noch von Israel besetzten Gebieten.*

Der Kongreß endete durchaus erfolgreich. Er wurde von der israelisch-palästinensischen Ärzteorganisation PHR und der kanadischen Ärzteorganisation MAP organisiert und sollte die israelisch-palästinensische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens anregen. Die Schirmherrschaft hatte Dr. Fathi Arafat (Bruder des PLO-Führers) übernommen. Er wird wahrscheinlich Gesundheitsminister der Palästinenser werden. Die israelische Delegation leitete Dr. Ruchama Marton, Vorsitzende der PHR. Des weiteren waren hochkarätige Mediziner aus Israel dabei: Dr. Rami Dazian, Vorsitzender der medizinischen Abteilung der Allgemeinen Krankenkasse, Prof. Kaplinsky, Dekan der medizinischen Fakultät der Universität Tel Aviv, Dr. Michael Silbermann, wissenschaftlicher Leiter des Gesundheitsministeriums, Alik Abiram, Chefarzt des Assuta-Krankenhauses, Mirjam Hirschfeld, Oberschwester, Prof. Raffi Walden, Chefchirurg im Krankenhaus Tel Ha'schomer, Prof. Schimon Glück, ehemaliger Dekan der medizinischen Fakultät der Ben-Gurion-Universität.

#### 2.4.94 - Ein „Tag der Gesundheit“ mit den PHR

Jeden Monat sucht die palästinensische Medical Relief Association mit den PHR ein Dorf oder Lager in den besetzten Gebieten aus, wo dann gemeinsam ein „Tag der Gesundheit“ abgehalten wird. Dieses Mal war es das kleine Dorf Rameen (ca. 1.500 Einwohner) in den Bergen zwischen den Städten Tulkarem und Nablus. Aus Tel Aviv und Umgebung fahren wir bis Taibe (ein arabisches Dorf in Israel an der grünen Grenze) und lassen dort, wie gewöhnlich, die Autos mit den israelischen Nummernschildern an einer Tankstelle stehen, um in bereitgestellte Autos mit Nummernschildern der Westbank umzusteigen. Die Soldaten ließen uns an den Grenzübergängen ohne Komplikationen durch, da sie uns als Juden erkannten. Zu unserer Gruppe gehörten jüdische und arabische Ärzte, unter ihnen ein Chefarzt eines großen israelischen Krankenhauses, ein Gynäkologe, ein praktischer Arzt, ein Psychiater und ein Chirurg, Chefarzt einer Abteilung für Gefäßerkrankungen. Im Dorf Rameen stießen noch ein Krankenpfleger und vier palästinensische Ärzte zu uns, darunter zwei Kinderärzte. Auch Medikamente wurden von der Medical Relief Association mitgebracht. Unterwegs erzählte ein jüdischer Arzt, daß er das letzte Mal gleich nach dem Massaker von Hebron nicht mitgefahren war aus Angst vor Reaktionen seitens der Araber oder der Siedler. Jede/r respektierte solche Emotionen. Auch von einem tragischen Fall wurde berichtet: Ein junger Mann, Asthmatiker, war kürzlich bei einem Militärangriff, bei dem Tränengas eingesetzt wurde, erstickt. Der Weg in dem bergigen Land, das der Frühling in einen bunten Paradiesgarten verwandelt hatte, war zauberhaft schön. Nur vereinzelt Schüsse, die ich hörte – die anderen schienen schon gar nicht mehr darauf zu achten – störten das Idyll. In den engen, verwinkelten Straßen von Rameen kamen uns die Schulkinder in Scharen entgegen, denn sie waren um 10 Uhr nach Hause geschickt worden, damit wir das Schulgebäude bzw. die Klassenzimmer als Behandlungsräume zur Verfügung hatten. Es war alles vorbildlich organisiert. Bereits etwa 40 Frauen warteten – teilweise mit ihren Kindern – schon auf den auf einer Art langgestrecktem Balkon aufgestellten Stühlen und Bänken. Viele Männer warteten auf Stühlen im Hof. Sieben Klassenzimmer waren mit Pappschildern für die unterschiedlichen Krankheiten gekennzeichnet, und in einem weiteren Zimmer wurden die Medikamente sortiert und später ausgegeben. So ein Tag der Gesundheit wird vor allem für die Einwohner gemacht, die keinerlei Krankenversicherung haben. Und das trifft auf die meisten zu. An diesem Tag waren besonders viele Patienten gekommen, denn im Dorf selbst gibt es keinen Arzt und wegen der kürzlichen vierzehntägigen Ausgangssperre konnten die Kranken nicht nach Tulkarem oder Nablus zum Arzt oder ins Krankenhaus fahren. Alle Patienten waren offensichtlich in ihren be-



sten Kleidern gekommen. Fast alle trugen Schuhe oder zumindest Sandalen. Die Kinder sahen alle sehr gepflegt (gekämmt und gewaschen) aus. Viele trugen selbstgestrickte Pullover in bunten Farben. Die meiste Zeit verbrachte ich in der Kinderabteilung bei den beiden palästinensischen Ärzten. Die Kinder kamen meist mit den Müttern, manchmal mit den Vätern oder Großvätern. Eine Frau, anscheinend eine Art Fürsorgerin, kam mit 12 Waisenkindern, die sie den Ärzten einzeln vorführte. Routinemäßig wurden sie abgehört, abgeklopft, abgetastet, der Rachen ausgeleuchtet, Ohren und Augen untersucht. Ein siebenjähriger Junge hatte rheumatische Schmerzen, zwei Säuglinge Durchfall, ein fünfjähriger Junge einen Klumpfuß. Alle bekannten Kinderkrankheiten wurden behandelt und die Eltern von zwei geistig behinderten Kindern beraten. In sehr ernsten Fällen wird für eine Einweisung in ein Krankenhaus gesorgt. Der Arzt schreibt seine Diagnose auf und die Sekretärin der PHR, die auch mit in Rameen war, nimmt die Personalien zwecks Weiterbehandlung auf. Wie bereits erwähnt, war ein Zimmer als „Apothek“ eingerichtet, d.h. auf mehreren Tischen waren die Medikamente verteilt und in der Eingangstür war ein Tisch als Ausgabefenster hingestellt worden. Ich selbst half auch mit, die Medikamente zu sortieren. Zwei palästinensische Ärzte und eine jüdische Krankenschwester suchten die Medikamente den Rezepten entsprechend zusammen. Diese Medikamentenausgabe ist unentgeltlich. Die jüdische Krankenschwester konnte auch gut arabisch und erklärte den Patienten die Benutzung der Medikamente. Diejenigen von uns, die gerade nichts zu tun hatten, wurden auf dem Hof sogleich von jungen Männern und Frauen umringt, die sich bedankten und den kleineren Kindern erklärten, daß wir israelische Juden seien, aber eben andere als die Soldaten. Es war sehr peinlich. Nachdem alle Patienten „verarztet“ oder entsprechend weitergeleitet worden waren, wurde unser gesamtes Ärzteteam in ein arabisches Haus zum Essen eingeladen. Es war ein richtiges Festmahl: Hühner auf Holzkohle gegrillt, Salate, Joghurt, Speisen mit Mandeln und anderen Nüssen – alles mit den wohlriechendsten Gewürzen. Wenn man bedenkt, daß dort 70 - 80 % arbeitslos sind, war das ein ganz unverhältnismäßiger Luxus. Aber die Gastfreundschaft steht eben ganz oben an. Sie dürfen nicht mehr nach Israel, um zu arbeiten, und seit dem Golfkrieg bleiben auch Gelder aus den Golfstaaten und Kuwait aus. Die Landschaft ist mindestens so schön wie in der Schweiz, und auf einem der hohen, das Dorf umgebenden Berge soll im Winter manchmal Schnee fallen. Man könne bei klaren Tagen von der Bergspitze sogar das Mittelmeer sehen. Unsere Gastgeber erzählten uns auch von der Willkür der Soldaten, die oft bis zur offenen Grausamkeit geht. Nachdem Kinder mit Steinen geworfen hatten, mußten alle Jungen und Männer über 14, einschließlich der Greise, während des Ramadan sechs Stunden lang an der Landstraße in der glühenden Sonne sitzen, ohne einen Schluck Wasser. Besonders die Kinder sind durch die Ausgangssperren und die Schießereien traumatisiert.

#### **Kritik an Arafat aus Hebron**

Eine ins Auge fallende Erscheinung nach dem Massaker war die Kopflosigkeit der PLO. Hingegen ist es den islamischen Verbänden in *Hebron*, die unter dem Einfluß der *Moslembrüder* und *Hamas* stehen, sofort gelungen, ein ganzes Netz von Hilfeleistungen aufzubauen: Besuche bei den betroffenen Familien, medizinische und andere Hilfe für die Verwundeten, Geldsammelaktionen. Sie haben sofort Zeugenaussagen aufgenommen und wollen diese veröffentlichen. Die fact-finding commission dagegen, die die PLO ins Leben rief, begann langsam und verspätet zu funktionieren. Kein Wunder also, daß bei den Trauerfeiern keine PLO-Fahnen zu sehen waren, sondern nur schwarze. Einzelne grüne Fahnen des Islam sah man hingegen schon. Hebron ist nicht nur der größte palästinensische Distrikt, dort haben auch 70% der Bewohner des arabischen Teils von Jerusalem Famili-

enangehörige. Jemand von der palästinensischen Delegation erzählte, sogar Feisal Hussein sei – als Vertreter der PLO – bei einem Besuch im Al Makassad-Krankenhaus in Jerusalem von den Familien der Verletzten voller Wut empfangen worden. Ein palästinensischer Journalist sagte: „Hebron wird die Speerspitze gegen Arafat sein.“

(*Ha'aretz* 18.3.94 von Dani Rubinstein)

Eine Nachforschung der Menschenrechtsorganisation *B'Tselem* hat ergeben, daß eine Einwohnerin von *Hebron*, im 6. Monat schwanger, die in ihrer Wohnung am Fenster stand, von Soldaten erschossen wurde. Das Geschöß traf sie in der Brust. Von ihrem Mann ins Krankenhaus gebracht, konnte dort nur noch der Tod festgestellt werden. (*Al Ha'Mishmar*, 25.3.94)

Der Erziehungsminister Prof. Amnon Rubinstein hat sich gegen die Lehrer gewandt, die vorgestern [am 15.3.94] den stellvertretenden Erziehungsminister Micha Goldmann angegriffen hatten, weil er das Massaker von Hebron scharf verurteilt hat. Sie warfen sogar Gegenstände, z.B. Blumentöpfe auf ihn. Und das bei einem Lehrerkongreß im größten Saal von Jerusalem! Kein Wunder, wenn für viele Schüler Baruch Goldstein ein Nationalheld ist! (*Al Ha'Mishmar*, 17.3.94)

Der oberste Befehlshaber des Militärs hat vor kurzer Zeit einen Befehl erlassen, *nicht* auf Siedler zu schießen, sogar wenn diese auf Palästinenser schießen. (*Al Ha'Mishmar*, 18.3.94)

#### **Die ganze Geschichte – Glosse von Silvy Keshet**

Die glorreiche Armee von Rabin und Barak verbot der Delegation von Peace Now, die betroffenen Familien in Hebron zu besuchen und zu kondolieren, mit dem Hinweis auf deren Sicherheit. Gleichzeitig gestattete sie jedoch einer Delegation von *Bnei-Akiba* [religiös nationalistische Bewegung] großzügig, die Siedler in der Siedlung Kirjath-Arba bei Hebron zu besuchen und zu ermuntern. DAS IST DIE GANZE GESCHICHTE. (*Yedioth*, 18.3.94)

#### **Glosse von Sivah Jariv**

Noch bevor die Untersuchungskommission ihre Arbeit beendet hat, können wir schon die nötigen Schlüsse ziehen. Das Pessah-Geschenk für die Soldaten ist eine original israelische Erfindung: ein automatisches Gewehr, dessen Zielrohr zwischen einem Araber, der Unruhen anzettelt, und einem Juden, der das gleiche tut, unterscheiden kann. Das Gewehr schießt automatisch auf Araber und stoppt, wenn es einen Juden erkennt. So können die Soldaten ohne Diskriminierung schießen, und dennoch kann kein Jude getroffen werden. (*Yedioth*, 19.3.94)

#### **Herr Rabin, démerdez-vous! – von B. Michael**

Es macht keinen Sinn, weiter mit der Scheiße zu spielen. Es lohnt sich nicht, über eine Zwischenlösung, eine Teilautonomie für fünf lange Jahre, die Höhe der Einfuhrzölle und den Warenaustausch, gemeinsame Abwässer, die Breite der Eisenbahnschienen und die Farben der Verkehrsampeln zu verhandeln. Die Stunde ist reif, sich mit den wichtigen Dingen zu befassen und Schluß zu machen mit der alten schlechtbewährten Verzögerungstaktik, die nur dazu dient, die Besatzung noch weiter aufrecht zu erhalten. Wenn wir uns nicht selbst von dort vertreiben, werden wir schmachvoll vertrieben werden. Rabin, démerdez-vous! (*Yedioth*, 19.3.94)

#### **Mordechai Vanunu – von allen vergessen?**

Mordechai Vanunu wurde zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er der englischen Zeitung *Sunday Times* über seine Arbeit im Atommeiler bei Dimona berichtet hatte. Er sitzt im Sicherheitstrakt des

Gefängnisses Aschkelon ein. Da Isolationshaft nach israelischem Gesetz verboten ist, hat man für dieselbe Sache einen anderen Namen gefunden: Absonderungshaft. Nicht nur Vanunu ist davon betroffen, sondern alle, die wegen Sicherheitsvergehen verurteilt sind. Alle anderen befinden sich in einem besonderen Gefängnis – Ort unbekannt – und haben dort keine Namen, sondern nur Nummern. Sogar die Wärter kennen den richtigen Namen nicht. Nur enge Familienangehörige dürfen zu Besuch kommen, aber nur unter der Drohung, wenn sie die Schweigepflicht brechen, würden keine Besuche mehr gestattet.

Anlässlich der Herausgabe eines neuen Buches zum Thema „Atommacht Israel“ protestierte die *Sunday Times* wieder einmal gegen die Isolationshaft von Vanunu. Sie fragte: „Warum wird Vanunu in Isolationshaft gehalten, wenn alle ‚Atomgeheimnisse‘ von Israel doch längst bekannt sind und weltweit veröffentlicht wurden?“ (nach *Yedioth*, 28.1.94)

Selbst die israelische Friedensbewegung wagt sich nicht an das Thema Atombewaffnung heran. Das *israelische Komitee für die Befreiung von Vanunu und für eine atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten* ist, laut Chaim Baram in *Ha'aretz*, so groß, daß es sich in einer Telefonzelle treffen kann. Der israelische Geheimdienst Shabak erlaubte Dedi Zucker, Meretz-Abgeordneter und Mitglied der Verfassungskommission der Knesseth, nicht, Mordechai Vanunu in seiner Zelle zu besuchen. Ein Besuch wäre nur im Beisein eines Shabak-Offiziers und außerhalb der Zelle gestattet. Dedi Zucker verzichtete auf den Besuch. (nach *Ma'ariv* vom 11.3.94)

### **Protesttagebuch 1**

Etwa hundert israelische und palästinensische Frauen für den Frieden demonstrieren am Freitag, dem 4.3.94, an der Straßensperre zwischen Jerusalem und Ramallah, um gegen das Massaker in Hebron zu protestieren.

500 religiöse Friedensfreunde (sogenannte Peaceniks) von *Oz-Ve-Shalom* zelebrierten am 3.3.94 ein Totengebet vor dem Oberrabbinat und der großen Synagoge in Jerusalem, in dem sie gegen das Massaker in Hebron protestierten.

### **Rück-Siedler-Hotline** (*Yedioth*, 22.2.94)

Die Knesseth-Mitglieder Hagia Merom und Abraham Burg (Arbeitspartei) haben einen Dienst eingerichtet, der sich „Heimkehren“ nennt. Siedler, die die besetzten Gebiete verlassen wollen, wählen 02-753 116. Es gibt schon einige Familien, die aus ihrer Siedlung zurück ins israelische Kernland wollen. Die Regierung hat dies bisher nicht unterstützt. Zwei Familien sah ich in einem Zelt vor dem Amtssitz von Rabin in Jerusalem.

### **Protesttagebuch 2**

Die israelische Landverwaltung versucht, unterhalb der jüdischen Siedlung *Ma'aleh Adumim* 1.500 Dunam arabischen Landes, das dem Beduinenstamm Jabalia gehört, für eben diese Siedlung zu enteignen. Nach Konfiszierung weiterer 15.000 Dunam soll ein großer Hotelkomplex gebaut werden. (*Kol Ha'ir*, 4.2.94)

Am 19.2.94 versammelten sich etwa 100 Israelis, Palästinenser und internationale Journalisten, um sich den Bulldozern in den Weg zu stellen. Scheikh Ra'ed Salah, Rabbi Tovia Ben Horin, AnwälteIn-

nen, Ziad Abu Zayad, Mitglied der palästinensischen Verhandlungsdelegation, und Uri Avnery von Gush Shalom sprachen bei der Kundgebung. (nach *Ha'aretz* vom 20.2.94)

### **Protesttagebuch 3**

Gush Shalom veröffentlichte ein Flugblatt mit der Überschrift: „Selbst der Teufel kann sich keine Vergeltung für das vergossene Blut eines kleinen, unschuldigen Kindes ausmalen“ – ein Zitat des berühmtesten israelischen National-Dichter Chaim Nachman Bialik. Allein 1993 sind laut US-Regierung vom israelischen Militär 37 Kinder unter 16 Jahren getötet worden. Seit Anfang 1994 sind weitere getötet und viele verletzt worden. Keiner von ihnen hatte das Leben eines israelischen Soldaten bedroht. Alle konnten dies an den Fernsehbildschirmen beobachten: eine offene Straße, palästinensische Kinder werfen Steine, und israelische Soldaten schießen mit scharfer Munition, töten und verletzen die Steinewerfer und vorübergehende Passanten.

Gestern verlagerte sich die Intifada auch nach Jaffa. Die Intifada, die es bisher nur in den besetzten Gebieten gab, während sich die israelischen Araber ruhig verhielten, griff nach dem Massaker in Hebron auch auf das israelische Kernland über. Es gab auch Zusammenstöße mit der Polizei in Galiläa, im sogenannten arabischen Dreieck und im Negev (Süden) – alles israelisches Kernland. (*Yedioth*, 27.2.94)

*Dani Rubinstein in Ha'aretz vom 3.3.94:*

Wer wollte wohl die arabischen Israelis dafür kritisieren, daß sie nach dem Massaker in der Ibrahim-Moschee in Hebron ihre Trauer und Wut gegen die Regierung richteten? Sollten sie ruhig und friedlich demonstrieren, wohl wissend, wer die teuflische Saat gesät hatte?!

Am 28.2.94 wurde Sami Abu Jamah, 23 Jahre alt, während einer Demonstration von Polizeikugeln getötet.

#### **Ha'aretz, 4.4.94: Nach dem Massaker in der Ibrahim-Moschee in Hebron**

Der Mörder, Baruch Goldstein, soll die einzige Person sein, die für das Massaker verantwortlich ist?

Mitschuldig sind die folgenden Personen:

1. die Soldaten, die sich auch noch an dem Massaker beteiligten, denn jeder weiß, daß Goldstein allein nicht so viele Menschen hätte ermorden können;
2. die ranghohen Offiziere, die versuchten, das ganze Ereignis zu verschleiern, um nicht zugeben zu müssen, daß noch eine beträchtliche Anzahl von Palästinensern durch Kugeln des Militärs starben;
3. der Oberbefehlshaber, der oberste Kommandeur der besetzten Gebiete, der Verteidigungsminister und letztendlich Rabin, der den Befehl gab, auf zehntausende Demonstranten zu schießen, und so bislang über 45 tötete;
4. die gesamte israelische Regierung, die Koalition, die dem Ministerpräsidenten die Vollmacht gab für die Politik der „Verhätschelung“ der Siedler und für die Politik der „eisernen Faust“ gegen die Palästinenser.

Keiner kann sich herausreden, er/sie hätte es ja nicht wissen können. Schon längst hat das Hebron-Solidaritätskomitee protestiert. Alle Genannten sind mitschuldig!

### **Aussichten**

Israel will und wird sich bei jeder möglichen Lösung wirtschaftliche Profitmöglichkeiten zu erhalten suchen. Zwar möchte die Regierung, daß alle Gelder durch *ihre* Kanäle fließen, doch ist dies komplizierter als anfangs gedacht. Industrie und Handel – privat sowie staatlich – und der Geheim-

dienst bilden ein undurchschaubares Dickicht. Davon will die internationale öffentliche Meinung jedoch nichts wissen. Nach Oslo soll endlich „Friede, Freude, Eierkuchen“ herrschen. Das *Gaza-Jericho-Abkommen* müßte eigentlich völlig neu verhandelt werden. Keine Zwischenlösungen statt der auf den St.Nimmerleinstag verschobenen Gründung eines palästinensischen Staates, kein triumphierendes Israel mit dem bitteren Nachgeschmack der militärischen Unterdrückungsmaschinerie, die auch weiterhin ungehindert schalten und walten kann – nur eine echte historische Versöhnung wird den Friedensprozeß voranbringen.

### **Andere Einschätzungen**

Goldsteins mörderische Tat war eine Art Verzweiflungstat. Er wußte, daß das Ende der Siedlungspolitik nahte. Für Israel werden die besetzten Gebiete immer weniger wichtig – für die Palästinenser ein eigener Staat immer wichtiger. Historisch wurden in vielen Ländern kurz vor der Befreiung die schrecklichsten Bluttaten begangen, in Vietnam etwa die schlimmsten Bombardierungen, in Algerien die grausamsten Greuelthaten des französischen Militärs usw. Israel ist nicht mehr einig, was die Herrschaft über die besetzten Gebiete anbelangt. Überall ist zu hören, mit der Besetzung solle endlich Schluß gemacht werden. Bekannte israelische Modedesigner und Modefirmen kreieren Damenmoden mit den unverwechselbaren Farben der Palästinenserflagge und drucken Kleiderstoffe mit kleinen Palästinenserfähnchen als aktuellen Modegag für den Sommer. Schon seit geraumer Zeit werden T-Shirts verkauft mit Aufdrucken wie: „Raus aus den besetzten Gebieten“.

### **The Jerusalem Link – Frauen-Friedensnetzwerk – a women's joint venture for peace**

Im Mai 1989 tagte die erste israelisch-palästinensische Frauen-Friedenskonferenz *Give peace a chance: women speak out!*, zu Deutsch: „Gebt dem Frieden eine Chance: Frauen melden sich zu Wort!“ Das war in Brüssel, und seitdem hat diese Dachorganisation eine breite Palette von Aktivitäten sowohl unter israelischen als auch palästinensischen Frauen veranstaltet und ebenso viele gemeinsame. Zur Leitung gehören alle prominenten Namen unter den palästinensischen und israelischen Frauen: Hannan Ashravi, Suad Amira, Zahira Kamal, Leila Shahead und Rana Nashashibi ebenso wie Shulamit Aloni, Yael Dayan, Galia Golan, Hanna Meron und Naomi Chazan.

#### *Ein Frauentreffen mit Dafna Golan, der Koordinatorin der Arbeit*

Als nächstes ist eine gemeinsame (Pessach-) Feier von jüdischen und palästinensischen Frauen vor dem schon erwähnten, von jüdischen Siedlern beschlagnahmten Haus in Silwan geplant, um eine Art Gegendemonstration zu den Siedlern zu machen. Das Motto lautet, in Anlehnung an die 10 Plagen, mit denen Gott den Pharao strafte, „Die 10 Plagen von Rabin“. Besonders in diesen Tagen, nach dem Massaker von Hebron, geht man von Haus zu Haus, um wieder Boden unter die Füße zu bekommen. Doch das Mißtrauen ist verständlicherweise groß, besonders auf palästinensischer Seite.

Bei Diskussionen innerhalb der Menschenrechtsorganisation B'Tselem und im *Zentrum gegen die Folter* sei man zu dem Schluß gekommen, man habe viel, vielleicht auch genügend Aufklärungsarbeit und Statistiken gemacht, doch es sei nicht gelungen, die breite Öffentlichkeit dafür zu interessieren, alles laufe weiter wie gehabt. Kaum jemand protestiere, und wenn, dann sind es immer die selben. Es sei also von entscheidender Wichtigkeit, die gewonnenen Erkenntnisse mit konkreten

Aktivitäten zu verknüpfen. Viel mehr als bisher. Nur so sei auch der Kreis der Aktivisten zu erweitern. Hier könne das Frauen-Friedens-Netzwerk Pionierarbeit leisten.

### **Zum Verbot der rechtsextremistischen Organisationen *Kach* und *Kahane lebt***

Nach dem Verbot dieser beiden Organisationen, die allgemein *die jüdischen Faschisten* genannt werden – *Kach* ist deswegen auch vom Obersten Gericht nicht zu den Wahlen zugelassen worden – , soll nun alles in Ordnung sein?! Dieses Verbot war das kleinstmögliche Zugeständnis der israelischen Regierung, das Amerika und Ägypten brauchten, um die PLO zum Weiterverhandeln zu bewegen. Allerdings hätten die *Kach* und *Kahane lebt*-Anhänger auch schon mit Hilfe der bestehenden Gesetze längst ins Gefängnis gebracht werden können, wenn sie denn konsequent angewandt würden. Dazu mußten diese Organisationen nicht erst verboten werden. Außerdem sitzen in Regierungssesseln Menschen, die dieselben Meinungen vertreten. Daß nun einige wenige Anhänger dieser Organisationen in Administrativhaft genommen wurden, macht die Sache auch nicht besser, eher schlechter. Sie alle haben kriminelle Taten begangen und gehören vor ein Gericht gestellt. Jetzt schreien sie lauthals ihre Empörung heraus, daß sie als Juden – so wie die Palästinenser schon seit eh und je – in Administrativhaft sitzen. Als nur die Palästinenser von der Administrativhaft betroffen waren, waren sie natürlich nicht gegen diese Maßnahme. Aber die progressive Öffentlichkeit sollte sich nicht freuen, daß diese Art von Haft nun auch gegen Juden angewendet wird, sondern auch weiterhin gegen diese undemokratischen Verfügungen kämpfen. Eine Haftstrafe ohne richterliches Urteil ist immer und unter allen Umständen mit einem Rechtsstaat unvereinbar. Doch diese Einsicht ist in Israel noch nicht weit verbreitet. Viele – auch in der Friedensbewegung – glauben, nun endlich gehe es mal den Richtigen an den Kragen.

### **Provozierendes Verhalten der Siedler in Hebron**

Ich sah eine Fernsehsendung über die Siedler in Hebron. Sie liefen an einem ganz normalen Tag mit umgehängten Gewehren herum. Einer ohrfeigte ein palästinensisches Kind, ein anderer ging am Markt vorbei und warf einen Stand mit Gemüse um, einer zog einen Jungen an den Haaren und schüttelte ihn – einfach so, ohne ersichtlichen Grund. Es waren keine großen Grausamkeiten, sondern Demütigungen, die bestimmt nicht so schnell vergessen werden.

Koexistenz?!

### **Gespräch mit Prof. Azmy Bishara (Dozent an der Bir-Zeit Universität und Wissenschaftler am van Leer-Institut Jerusalem)**

Bishara berichtet, unter seinen Studenten seien auch Hamas-Mitglieder. In der Regel seien sie pragmatisch und bereit, zuzuhören. Wo Hamas stark ist, etwa in Gaza, wollen sie keine Zusammenarbeit mit der PLO, weil sie sie nicht brauchen. Doch an der Bir-Zeit-Universität haben sie mit den beiden linken Oppositionsgruppen der PLO eine gemeinsame Liste gebildet, die die Wahlen gewonnen hat. Sie wechseln sich alle sechs Monate in der Leitung ab. Die Hamas ist eine Untergrundbewegung gegen die Besatzung, aber darüber hinaus hat die Hamas-Führung kein politisches Konzept. Nach dem Massaker predigte ein Sheikh, der Konflikt zwischen Juden und Arabern sei ein kosmischer Konflikt, also unlösbar. Doch befinden sich in der Hamas-Führung auch Reformen, die den Islam reformieren wollen. Bis Anfang April 1994 griff die Hamas in der Regel nur israelisches Militär und jüdische Siedler an. Mit den schrecklichen Autobus-Anschlägen in Afula und Hedera je-

doch, bei denen nun schon zum dritten Mal völlig unbeteiligte Zivilisten ums Leben kamen, haben sie die von ihnen selbst genannte Grenze überschritten. Auch Arafat hat diese Terrorakte sehr scharf verurteilt. Wer am Frieden interessiert ist, muß diese Taten verdammen. Doch die jungen PLO-Aktivisten, die nicht hinter der Hamas zurückstehen wollen, verüben nun ihrerseits Messerstechereien und Überfälle auf Israelis. Bishara befürchtet, daß diese frustrierten PLO-Jugendlichen ein Massaker an Juden verüben könnten.

Inzwischen hat sich übrigens die *Challenge-Hanitzotz-Gruppe*, die gegen das Osloer Abkommen sind, die Argumentation von Naif Hawathme von der DFLP zu eigen gemacht, das Massaker von Hebron sei ein Produkt des Osloer Abkommens. Das ist natürlich völlig unsinnig. Es hätte auch ohne Oslo oder schon vorher passieren können.

Bishara hält es für notwendig, daß die PLO-Führung in Tunis auf demokratischem Wege abgelöst wird, doch keinesfalls von der Opposition in Damaskus, die dieselben Strukturen habe wie die PLO und der es lediglich um eine höhere Beteiligung an den Gremien-Posten gehe. Auch die Hamas sei bereit, sich bei den Friedensgesprächen zu beteiligen – unter der Bedingung, daß sie 50 % der Mandate in der PLO bekommt.

Doch man dürfe nicht gegen die PLO als ganzes und gegen Arafat auftreten. Man müsse differenzieren, auch zwischen Madrid und Oslo. Wie schon gesagt, für Madrid hatte die PLO ein Mandat der palästinensischen Bevölkerung. Von den Oslo-Vereinbarungen jedoch sind viele Mitglieder der Madrider Delegation enttäuscht und verbittert. Doch es ist abzusehen, daß die PLO wieder Stärke gewinnt (und Gelder aus dem Ausland erhält). Bishara hält einen gesamt-palästinensischen Kongreß mit konkreten Forderungen und Wahlen für wünschenswert. Mit gewählten Vertretern aus den Dörfern, Lagern, Städten und auch aus dem Libanon, Syrien, Jordanien. Die Hauptforderung sollte die Auflösung der Siedlungen sein. Die bewaffneten Siedler sind de facto israelische Soldaten und Reserveoffiziere, die in die allgemeine israelische Armee eingebunden sind.

Trotz aller Vorbehalte gegen das Osloer Abkommen könne man sich den Luxus nicht erlauben, abseits zu stehen, keine konkrete Alternative aufzuzeigen. Das sei auch die Schwäche der PLO in Damaskus, die sich als Opposition zu Tunis versteht. Andererseits könne Arafat gar nicht mehr zurück. Diejenigen, die fordern, er solle sich von den Verhandlungen zurückziehen, verlangen Unmögliches. Wenn die Israelis ihnen bald nicht zu spür- und sichtbaren Erfolgen verhelfen, werde die PLO jeden Einfluß verlieren.

Die interne Kritik gelte weder den Vereinbarungen von Oslo noch dem Friedensprozeß, sondern dem autoritären Führungsstil. Sie komme aus der Koalition innerhalb der PLO selbst, die ja die Vereinbarung von Oslo unterzeichnet hat: aus der *Volkspartei* (ehemalige Kommunistische Partei Palästinas), aus der Organisation *FIDA*, einer Abspaltung der Demokratischen Volksfront *Hawathmes* unter der Führung von Yassir Abd Rabo, von Abu Mazen und Abu Alaa, den beiden Architekten der Vereinbarung, aber auch von *Tazah*-Politikern, Intellektuellen, Journalisten und Diplomaten. Sie alle stellen weder die Vereinbarung noch den Friedensprozeß in Frage. Diese Opposition könnte zum Kern einer breiten Bewegung unter der Bevölkerung werden. Die internen Kritiker sähen den autoritären Führungsstil nicht nur als undemokratisch, sondern auch als hinderlich für den Aufbau eines modernen Staates an. Arafat soll innerhalb der PLO, die die Übergangsherrschaft in den besetzten Gebieten vorbereiten und ausüben soll, über 60 Ämter und Funktionen innehaben. Er ist Staatsoberhaupt und Regierungschef. Solche Machtkonzentration in einer Hand steht in scharfem Widerspruch zu einer Demokratie.

Haidar Abdel Schafi, der die palästinensische Delegation in Madrid anführte, erklärte: „Wir dürfen nicht in dieselbe Falle gehen wie viele Befreiungsbewegungen vor uns, deren Führer, wenn sie erst an der Macht waren, sich nicht mehr von ihr trennen konnten.“

*Al Ha'Mishmar*, 1.4.94:

Arafat hat die Schließung sämtlicher PLO-Büros in den besetzten Gebieten angeordnet. Dieser Beschluß fiel während der Sitzung des Zentralbüros der PLO in Tunis, bei der über die inneren Schwierigkeiten in der PLO in den besetzten Gebieten beraten wurde. Das PLO-Büro in Hebron hatte ein Flugblatt gegen die Führung in Tunis herausgegeben. Dort hieß es, die PLO-Führung in Tunis habe sich noch niemals Wahlen gestellt, deshalb sei sie nicht legitimiert, Beschlüsse über die Aktivisten vor Ort zu fällen. Umfragen zufolge stehen nur noch 20% der Palästinenser bedingungslos hinter Arafat. Die anderen verlangen die Aussetzung der Verhandlungen, solange Israel nicht grundlegende Zugeständnisse macht.

### **Die Zukunft?**

Gaza wird ein Protektorat werden, schlimmer als Botswana. So sind nun einmal die Kräfteverhältnisse. Interessanterweise zeigt sich Peres als der Politiker von „morgen“. Er sagt offen, jetzt sei die Zeit gekommen, mit dem gesamten arabischen Raum in wirtschaftliche Beziehungen zu treten - im Gegensatz zu Rabin, der weiter auf Militär, Panzer und andere Waffen baut. Die politische Laufbahn von Peres ist typisch. Erst baute er die Waffenindustrie in Israel auf - für den Eigenbedarf und den Export. Dann entwickelte er die Atomindustrie. Nun baut er für freien Handel mit den arabischen Nachbarländern auf Frieden. So vertritt Peres, wie die meisten israelischen „Tauben“, die Ämter bekleiden, die Interessen der Industrie, des Handels und des Baugewerbes. Zwar ist er innenpolitisch reaktionär und unsozial und sägt am Stuhl der Gewerkschaften, doch außenpolitisch ist er den „ewig Gestrigen“ immer einen Schritt voraus.

### **Untersuchungskommission zum Massaker in Hebron**

Von Anfang an fahren Uri Avnery und seine Frau Rachel täglich zu den Sitzungen der Kommission nach Jerusalem. In einem Interview mit *Al Ha'Mishmar* am 24.3.94 sagte Avnery: „Wir stehen beide um 5 Uhr früh auf, fahren nach Jerusalem und kehren gegen 20 - 21 Uhr nach Tel Aviv zurück. So fesselnd und interessant finden wir es beide. Wir sehen den ganzen Regierungs- und Militärapparat von innen. Das ist so, wie wenn man eine altmodische Uhr auseinandernimmt und all die kleinen Rädchen beobachtet.“

So sagte z.B. der Kommandeur der Hebronner Grenzpolizei, Tajar, aus, es gebe die Anweisung, nicht auf jüdische Siedler zu schießen, die Palästinenser töten. „Selbst wenn ich dort an der Ibrahim-Moschee gewesen wäre, hätte ich wegen der Schießbestimmungen nichts machen können.“ Er fügte hinzu, daß die Richtlinien kurz nach dem 3. Dezember 1993 in Kraft getreten seien. An dem Tag also, als über die Fernsehschirme rund um die Welt erschütternde Wild-West-Szenen ausgestrahlt worden waren: Siedler hatten am helllichten Tag, auf offener Straße, auf palästinensische Demonstranten geschossen, und die Armee stand tatenlos dabei.

Einen ganz wesentlichen Beitrag leistet der arabische Richter Abed El Rachman Zuabi. Er befragt beharrlich die Zeugen, und wenn sie ausweichend antworten, insistiert er auf seiner Frage. Zuabi kommt aus einer berühmten Familie, die auch in Syrien und Jordanien Vertreter hat. Einer von ih-



nen war lange Jahre der Vorsitzende des syrischen Parlaments, ein anderer ist heute dort Minister. Ein Familienmitglied war in Jordanien Finanzminister. In Israel war ein Bruder, Sif El Din Zuabi, Knesset-Abgeordneter und Bürgermeister von Nazareth. Abel El Rachman Zuabi ist momentan ebenfalls Knesset-Abgeordneter. Viele Mitglieder der Familie Zuabi arbeiten im syrischen, jordanischen und israelischen Fernsehen. Alle Medien in Israel berichten, erst der Richter Abed El Rachman Zuabi mache die Untersuchungskommission zu einem interessanten Forum.

Viele Palästinenser indessen wollen gar nicht erst aussagen. Sie meinen, es müsse eine unabhängige Untersuchungskommission geben, in der auch Palästinenser aus den besetzten Gebieten vertreten sind, sonst sähe es so aus, als untersuchten die Mörder sich selbst. So wurden diejenigen, deren man in den Krankenhäusern habhaft werden konnte, durch das Militär zur Kommission beordert. Was sie dort aussagten, ist allerdings haarsträubend: Einer floh vor dem Kugelhagel nach draußen und bat die israelischen Soldaten um Hilfe, die sie ihm verweigerten. Einige Soldaten feuerten sogar noch auf die Entkommenen. Soldaten leisteten keine erste Hilfe, sondern behinderten diese sogar noch. Ein Soldat soll vom Dach der Moschee auf die Palästinenser geschossen haben. Offensichtlich waren die Soldaten selbst in Panik. Dasselbe passierte vor dem Krankenhaus, wo sich die Palästinenser drängten, um Blut zu spenden. Einem Verwundeten verweigerte ein israelischer Arzt (oder Arzthelfer) einen Ausweis, mit dem er trotz der Ausgangssperre in ein Krankenhaus hätte fahren können.

**Wie edel von uns! – Glosse von B. Michael**

In einer der üblichen Fernsehsendungen mit viel Bla-Bla gab sich Außenminister Peres große Mühe, all die guten Taten der israelischen Regierung nach dem Massaker in Hebron aufzuzählen. So sagte er unter anderem: „Zum ersten Mal in der Geschichte des Staates Israel wurde eine Untersuchungskommission eingesetzt, in der auch ein arabischer Richter Mitglied ist [der Richter Zuabi]. Ein arabischer Richter, der Offiziere und Militär-Befehlshaber befragen kann! Egal, welche Fragen auch immer. Ist das nicht eine große Sache?!“ Nein, Herr Außenminister, das ist keine große Sache. Das ist eine rassistische Aussage. Arrogant, hochnäsiger und beleidigend. Hat nicht die Regierung den Richter ernannt? Ist seine ethnische Herkunft der Grund für seine Ernennung? War er nicht schon, bevor er in der Untersuchungskommission saß, berechtigt, jede Frage an die Offiziere zu stellen, die er für richtig hielt? Warum gilt es überhaupt als Besonderheit, daß der Richter Araber ist oder daß ein Araber Richter ist oder daß ein Richter in irgendeiner Kommission sitzt? Sind nicht alle Bürger Israels gleichberechtigt? Wenn ich Außenminister wäre, würde ich schleunigst dem Richter Zuabi eine Entschuldigung schicken mit der üblichen Ausrede, die Sätze seien aus dem Zusammenhang gerissen bzw. mißverstanden worden!! (Yedioth, 25.3.94)

Um gegen die 41 Siedlerfamilien in Hebron aufzutreten, entblödete sich Peres nicht, bei einer Zusammenkunft vor Erziehern und Lehrern zu sagen: " Stellt Euch vor, daß arabische Familien ein Grundstück mitten in Tel Aviv kaufen würden."

Es ist ein scheußlicher Tatbestand, daß ein riesiges Heer von politischen Gefangenen, fast ein Prozent der palästinensischen Bevölkerung, entgegen allen Völkerrechtskonventionen immer noch in Gefängnissen und Gefangenenlagern schmachtet!

*Yedioth*, 25.3.94 - Glosse von Siva Yariv zum Besuch des Dalai Lama in Israel

### **Die Solidarität der Verfolgten**

Willkommen, Dalai Lama! Wir fühlen mit Dir den Schmerz Deines Volkes, das unter einem fremden Joch stöhnt. Wessen Herz krampft sich nicht zusammen beim Gedanken an die vielen Flüchtlinge und die Verletzung der Menschenrechte! Unser Herz ist mit Dir, Dalai Lama, mit Deinem gerechten Kampf, Deine Heimat von der Fremdherrschaft zu befreien. Die menschliche Tragödie des tibetischen Volkes ist ähnlich der des jüdischen Volkes, das nun schon 27 Jahre unter der Herrschaft der Palästinenser schmachtet. Das jüdische Volk, das so viel hat erdulden müssen, kann nicht abseits stehen, wenn ein anderes Volk leidet. Wir, die Bürger Israels, werden nicht tatenlos zusehen, bis die chinesischen Siedlungen im Herzen von Tibet aufgelöst, die nationalen Rechte des tibetischen Volkes anerkannt und ihr selbständiger Staat errichtet wird.

### **Zeugenaussagen vor der Untersuchungskommission**

12 palästinensische Augenzeugen des Massakers im Alter zwischen 12 und 72 Jahren, teilweise noch an Krücken humpelnd oder vor Schmerzen stöhnend, berichteten über den grauenvollen Freitagmorgen in der Ibrahim-Moschee. Bei allen war noch der tiefe Schock erkennbar. Nur einer ließ seinen Gefühlen freien Lauf und schluchzte mit erstickter Stimme. (*Ma'ariv*, 23.3.94)

Vom 22. bis 23.3.94 griff das Militär fünf Häuser der Altstadt von Hebron an, in dem sich angeblich drei gesuchte Hamas-Terroristen befanden. 30 Stunden dauerte die „Operation“, bis mit Flammenwerfern, Panzerabwehrraketen und Bulldozern fünf Häuser völlig zerstört und die drei „Gesuchten“ getötet waren. Die „Operation“ wurde hauptsächlich vom Dach eines Kinderkrankenhauses aus dirigiert, von wo aus mit schweren Geschützen geschossen wurde. Die kranken Kinder waren völlig geschockt und in Panik, und nach Aussagen der Ärzte werden einige bleibende psychische Schäden behalten. Die PHR beriefen spontan eine Pressekonferenz in Jerusalem ein, zu der in- und ausländische Medien kamen und Zeugenaussagen von Ärzten aufnahmen. Sowohl israelische als auch palästinensische Menschenrechtsorganisationen waren zugegen. (*Ma'ariv*, 24.3.94)

### **Tsahal [die israelische Armee] schießt vom Dach des Kinderkrankenhauses Muhammad Ali Mughtaseb in Hebron**

Im Krankenhaus waren 35 Kinder. Die Soldaten liefen mit schweren Waffen durch das Krankenhaus, auf das Dach hinauf und hinunter. Sie waren ständig zwischen den Kindern oder auf dem Dach. Der Lärm der Geschosse muß ohrenbetäubend gewesen sein. Während der Zeit durften die Ärzte nicht hinaus und konnten auch nicht ausgewechselt werden. Es versteht sich von selbst, daß auch Eltern oder sonst niemand hinein durfte. Die hebräische Presse berichtete wenig, die arabische Presse sehr ausführlich. Ebenso die internationale Presse. (nach *Yedioth* und *Ha'aretz* vom 24.3.94)

*Zu Ari Bausimann: „Goldstein ist nicht tot“ heißt es im Ha'aretz vom 28.3.1994*

(...) Das offen geäußerte Verständnis für Goldsteins Tat – sogar die Identifizierung mit ihm – zeigen uns, daß aus dem fauligen Sumpf voller Haß und Aggressivität noch weitere Sumpflüten wachsen werden. Die Fakten, die bisher über jüdische Terrororganisationen bekannt geworden sind, zeigen nur die Spitze des Eisbergs. 0

30.3.94: Drei wichtige Rabbiner, Abraham Schapira, Shaul Israeli und Zwi Neheria, haben die gläubigen Juden dazu aufgerufen, sich den Befehlen des Militärs zu widersetzen, wenn sie Anordnung bekommen, Siedler mit Gewalt aus den besetzten Gebieten herauszuholen.

Übrigens haben wir von diesen drei Oberrabbinern nichts gehört zu der Vorankündigung der Siedler, sie würden „Verzweiflungstaten“ begehen. Ebenso schwiegen sie sich dazu aus, daß Demonstranten auf einer großen Ver-

sammlung in Kirjat-Arba T-Shirts trugen mit der Aufschrift „Dr. Goldstein, der Arzt des Staates“. (Silvy Keshet, *Yedioth* 6.4.94)

Ran Kislev: **Eine Kette von „Irrtümern“**

(...) Viel zu viele „Irrtümer“ passieren auf dem Weg zum Frieden. Einmal erschießen Soldaten „irrtümlich“ einige Kinder, gerade zu Beginn der Gespräche in Taba, als die Atmosphäre günstig schien. Ein anderes Mal sprengen sie Häuser von „Gesuchten“, wo sich dann herausstellt, daß es die falschen waren. Dann schießt man in den Straßen auf die „falschen“ Frauen und sprengt ein „falsches“ Haus. Sogar Vorschläge zur Entschädigung für solche „Irrtümer“ hat die Regierung kürzlich gemacht... (*Ha'aretz*, 31.3.94)

### **30.3.94: Der Tag des Bodens – Fahrt in das Beduinenlager Rahat**

In Rahat fand die zentrale Veranstaltung der israelischen Araber zum „Tag des Bodens“ statt. Dieser Tag wird seit 1976 jedes Jahr von allen israelischen Arabern begangen, um an die großen Bodenkonfiszierungen am 30. März 1976 in den arabischen Dörfern Arabeh, Sachnin und Bir Hana in Galiläa zu erinnern. Im Verlauf der gewaltsamen Enteignung wurden sechs unbewaffnete Dorfbewohner vom Militär erschossen. Für diese Anordnungen war damals Peres verantwortlich. Sie dienten der sogenannten Judaisierung (ein schreckliches Wort!) von Galiläa. Heute, am 30.3.94, waren arabische Abordnungen aus ganz Israel gekommen. Alle arabischen Schulen, Kommuneinrichtungen und Geschäfte waren geschlossen. Auch viele jüdische Abordnungen waren da, die sich mit den Forderungen der Araber solidarisierten. Auf der Rednertribüne saßen Araber und Juden aller politischen Richtungen. Bei den Juden reichte die Palette von der reigerenden Arbeitspartei bis ganz links. Man hatte sich darauf geeinigt, möglichst keine Fahnen zu tragen, da man Zusammenstöße zwischen Hamas und PLO befürchtete. So waren außer der zugelassenen Fahne der Demokratischen Arabischen Liste (geführt vom Knesset-Abgeordneten Darausche) nur einige schwarze und grüne sowie zwei PLO-Fahnen zu sehen. Viele Plakate auf arabisch, hebräisch und englisch wurden hochgehalten. Alle mit der Forderung, die Siedlungen und auch die Todesschwadronen aufzulösen. Es gab auch einige gegen das brutale Vorgehen des Militärs gegen die Zivilbevölkerung. Auch in den Fernsehnachrichten wurde die Zahl von 3000 Demonstranten genannt, die unserer Einschätzung entsprach. Es war die größte Demonstration der israelischen Araber seit langem. Ein großes Polizei- und Militäraufgebot war auf den umliegenden Hügeln postiert. Hubschrauber überflogen die Veranstaltung. Diese verlief aber ganz ruhig und diszipliniert. Die verhältnismäßig hohe Anzahl der Teilnehmer hat wahrscheinlich das Militär davon abgehalten, einzugreifen.

### **Bericht von B'Tselem**

Die Erschießung der sechs PLO-Männer, die in Tarnanzügen und verumumt Flugblätter zum Gedenken an das Massaker in Hebron verteilten und Losungen an die Wände sprühten, war geplant. Das war eine außergerichtliche Hinrichtung. Unter der Überschrift „Hinrichtung an Ort und Stelle im Flüchtlingslager Jabalja (Gaza)“ veröffentlichte B'Tselem zusammen mit Rechtsanwälten von palästinensischen Menschenrechtsorganisationen ihre Nachforschungen über den Tod der sechs Palästinenser. Die Verumumten wurden ohne Vorwarnung von einer Gruppe Militärs, die als Palästinenser verkleidet in sogenannten Todesschwadronen operieren, aus 1,5 m Entfernung erschossen. Keiner von ihnen hatte die Soldaten mit einer Waffe bedroht. Einer versuchte zu fliehen, wurde eingeholt und durch gezielte Kopfschüsse auf dem Boden liegend kaltblütig hingerichtet. Zusätzlich ergab die

Untersuchung, daß die erschossenen Palästinenser auf der Straße liegengelassen wurden, ohne medizinische Versorgung oder Untersuchung. Versuche von palästinensischen Krankenwagen, zu den Opfern durchzukommen, wurden verhindert. Die Leichen wurden noch in derselben Nacht be-  
graben, ohne daß man Verwandten – auch nicht den Müttern – erlaubte, ihren Toten das letzte Geleit zu geben. (nach *Ma'ariv* und *Al Ha'Mishmar* vom 30.3.94)

#### **Die verrückte Zeit – von Joel Markus**

Man hat den Eindruck, daß Rabin sich von Ariel Sharon beraten läßt, wie man am besten eine Volksbewegung *gegen* die Auflösung der Siedlungen in den besetzten Gebieten auf die Beine stellt. Wozu sollten die vielen Treffen mit *Sharon* sonst auch gut sein? Sharon gilt heute schon als der erste Berater von Rabin... Sharon redet öffentlich von nur passivem Widerstand gegen die Rückführung der Siedler, um dann im gleichen Atemzug fortzufahren, daß „wir“ nach jeder Räumung wieder und wieder zurückkehren werden! (Wie denn – gegen das Militär – ohne Waffen?) (*Ha'aretz*, 1.4.94)

#### **Einige Anmerkungen zum Schluß**

Die Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern haben sich nicht gebessert, und es wurde hierfür auch nichts getan. Statt dessen haben die Todesschwadronen (auf hebräisch "Mistarwim" – wörtlich übersetzt: „sich als Araber verkleiden“) ihre Überfälle noch verstärkt. Die Ausgangssperre in Ost-Jerusalem ist noch verschärft worden. Der Ausbau der Siedlungen geht ungehindert weiter und Rabin hat bisher auch keine einzige aufgelöst. Es wird nur über die 41 Familien diskutiert, die sich völlig illegal in Hebron eingemischt haben. Wenn diese so simple Angelegenheit derartige Schwierigkeiten bereitet – Rabbiner und andere Fanatiker rufen zum Bürgerkrieg auf –, wie sollen dann wirklich komplizierte Fragen geklärt werden? Der Grundlagenvertrag von Oslo hat zu den Beschlüssen von Kairo geführt, die alle wesentlichen Punkte ausklammern und damit den Palästinensern jegliche Hoffnung auf eine Beilegung des Konfliktes nehmen. Die Friedensbewegung in Israel ist hierfür in großem Maße mitverantwortlich. Statt auf Rabin Druck auszuüben, die Vorgaben von Oslo in die Tat umzusetzen – die palästinensischen Gefangenen zu entlassen und die Siedlungen aufzulösen –, hat der größte Teil der Friedensbewegung lediglich Rabins Forderungen unterstützt und keine weitergehenden aufgestellt. Damit haben sie den Druck auf die Palästinenser verstärkt, sich den Forderungen der israelischen Regierung zu beugen. Zum wiederholten Male sieht sich das palästinensische Volk alleingelassen. Falls Arafat jetzt stürzen sollte, kann man sich nicht – wie bisher – die Hände reiben und von oben herab erklären, die Palästinenser hätten wieder einmal eine historische Chance vorbeiziehen lassen. Von israelischer Seite wurde bisher immer so argumentiert. Ganz im Gegenteil hat die Friedensbewegung wieder einmal die Gelegenheit nicht genutzt, ein neues Kapitel in der Beziehung beider Völker aufzuschlagen. Die israelische Regierung ist nach dem Massaker in Hebron wieder einmal glimpflich davongekommen: Eine wirkliche Intervention der UNO hat es dank den USA nicht gegeben. Die Resolution des Sicherheitsrates wurde auf Druck der USA völlig verwässert. Die milde Formulierung ist vor allem Rücksichtnahme auf Rabins Unnachgiebigkeit. Mit der Forderung nach UNO-Truppen in den gesamten besetzten Gebieten hatte die PLO-Spitze versucht, den Schutz der palästinensischen Bevölkerung wirklich zu verbessern. Daraus ist nichts geworden. Lediglich 60 bewaffnete UN-Soldaten aus Italien, Dänemark und Norwegen sollen zur Überwachung nach Hebron kommen. Weitere 100 sollen mit bürokratischer Verwaltung befaßt werden. Dies gilt aber nur für drei Monate, und Israel trägt weiterhin die eigentliche

Verantwortung. Die USA werden wohl alles weiterlaufen lassen wie bisher. Die Auflösung der Siedlungen ist für Rabin anscheinend zu riskant. Er wird sich mehr um die Verhandlungen mit Syrien kümmern und erst einmal Zeit gewinnen. Die israelische Linke hat kein eigenes politisches Konzept. Sie reagiert nur. Jahrelang hat man die Friedensbewegung automatisch zu den Linken gezählt, was nicht immer richtig war. Man hat sich mit den Menschenrechtsverletzungen befaßt, was auch wichtig ist, was aber kein politisches Konzept ersetzen kann. Die Menschenrechte waren ein sicheres Terrain. So ist eine gewisse Entpolitisierung eingetreten. Auch in der Gewerkschaft, der *Histadrut*, sieht es nicht anders aus. Die soziale Schere klafft weiter auf. Es gibt nur ab und zu Streiks in einzelnen Betrieben, nie aber Solidarität unter allen Lohnempfängern.

Bei einem Treffen in Tel Aviv sicherte Rabin den israelischen Siedlern in den besetzten Gebieten zu, er werde *keine* Siedlung evakuieren. Sogar einen Abzug der 400 in Hebron lebenden Siedler lehnte er ab. Pressestimmen und selbst Regierungsmitgliedern zufolge stand zumindest dieser kleine Schritt des guten Willens kurz bevor. *Ha'aretz*, 5.4.94

### **Ausblick**

Man kann Rabin nur raten, weiter zu verhandeln. Der Führer der Likud-Opposition fordert dagegen die völlige Annexion der gesamten besetzten Gebiete. Dort geht unterdessen das Blutvergießen durch die Armee und die Siedler weiter. Auch Arafat hat die grausamen Anschläge von Hamas als Angriffe auf „unschuldige Israelis“ verurteilt, sie richteten sich gegen „das Herz des Friedensprozesses“. Bemüht, den palästinensischen Terror nicht zu verschweigen oder zu bemänteln, sprach er mehrfach von Extremisten auf beiden Seiten. Beide, Rabin wie Arafat, spüren, wie ihnen die Zeit davonläuft, deshalb drängen sie jetzt trotz allem auf einen schnellen Abschluß der Autonomiegespräche. Der PLO-Führer weiß nur zu gut, daß er seinem Volk – auch über die Selbstverwaltung hinaus – etwas Handfestes anbieten können muß. Mit jedem neuen Aufschub, jedem unerfüllten Versprechen sinkt seine Popularität. Die Autonomie gerät immer mehr zu einer bloßen Absperrung der besetzten Gebiete. Sie verkommt zu einem hohen Stacheldrahtzaun.

Abschließend die Mahnung des palästinensischen Delegationsleiters Nabil Schaath: Er sei „bekümmert und entrüstet“ über *alle* Anschläge der jüngsten Zeit, in Hebron und Gaza bis zu Afula und Hedera, die Zivilisten den Tod gebracht hätten. Je länger sich die Unterzeichnung des Abkommens über die Umsetzung der Autonomie verzögere, desto mehr Blutvergießen werde es noch geben!

*Die hebräischen Tageszeitungen, aus denen im Text zitiert wurde:*

*Ha'aretz* - die bestinformierte liberale Zeitung, entspricht etwa der *Frankfurter Rundschau*

*Al Ha'Mishmar* - offizielles Organ der Linkszionistischen Partei MAPAM

*Ma'ariv* und *Yedioth Acharonot* - beide Zeitungen sind eine Mischung aus etwa der *Berliner Morgenpost* und *Die Welt*. Am Wochenende allerdings werden auch Einzelbeiträge von Oppositionellen in den Mittelseiten gebracht.

